

# Volkswacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Platzstraße 4/6, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Platzstraße 100, sowie durch alle Kioskschreiber zu beziehen. Einzelhefte im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rml. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1.75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rml. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2.46 Rml.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Platzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Lärm szenen im Reichstag

### Nazi-Frank feiert den Fememord als würdigen Beruf - Rosenfelds Brechnung mit der nationalsozialistischen Pathologen-Fraktion - Nazi-Karpenstein wütet gegen die Intelligenzbestie im Reichstag

#### Moralische Hinrichtung des Verfassungsbrechers Fric

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Fric (Soz.) gegen die Verhaftung des nationalsozialistischen Abg. Fabricius, der im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Demonstrationen gegen den Remarque-Film auf dem Polizeigebäude Heimannsberg festgenommen worden ist. Er beantragte die Freilassung des Abg. Dr. Fabricius.

Der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Antrags von Sozialdemokraten widersprochen. (Sturm, Pfui-Rufe der Nat. Soz.) Abg. Dr. Fric (Nat. Soz.) beantragt darauf die Vertagung der Sitzung. Dieser Antrag wird im Zusammenhang mit 214 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Für die Vertagung haben mit den Nationalsozialisten die Deutschnationalen, das Landvolk, die Kommunisten, Christlichsozialen und die Volksozialen gestimmt. Die Sozialpartei hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten mit großem Beifall begrüßt. Ein Nationalsozialist ruft: „Köpfe werden rollen!“ Präsident Lobe vertagt die Sitzung bis 4 Uhr.

Zwanzig Minuten vor 4 Uhr eröffnet Präsident Lobe die Sitzung wieder. Er teilt mit, daß im Vorkomitee eine Einigung erzielt sei, der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Antrags nicht mehr zu widersprechen. Präsident Lobe dankt ohne Widerspruch fest, daß der Freilassungsantrag für Fabricius ohne Debatte angenommen sei.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrags des Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei), wonach die bisherigen Straftatbestände für Strafrechtsreform dem neuen Strafrechtsauswurf überwiegen werden sollen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) begründet den Antrag. Er weist darauf hin, daß der alte Reichstag es versäumt habe, ein Uebertragungsrecht für die Strafrechtsreform zu beschließen. Es wäre nicht zu rechtfertigen, wenn die wertvolle Arbeit die zwei Tage für die Strafrechtsreform geleistet haben, verloren ginge. Die Strafrechtsreform, die auch die Angleichung des deutschen und österreichischen Rechts bringen soll, sei dringend notwendig, damit das Recht nicht hinter der Entwicklung der Zeit zurückbleibe.

Präsident Lobe unterbricht den Redner mit der Mitteilung, Dr. Fabricius schon vor dem Freilassungsbeschluss aus der Sitzung entlassen worden sei.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Strafrechtsreform die Führung habe. Diese Führung dürfe ihm nicht entzogen werden (Beifall).

Staatssekretär Zoel

Reichsjustizministerium spricht dem Abg. Dr. Kahl den Dank aus, daß er den Anstoß gegeben habe zur Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, mit der Kahls Name für alle Zeiten unauflösbar verbunden sein werde. Das geltende alte Strafrecht habe naturgemäß politisch, sozial und wirtschaftlich völlig veraltet. Ein Abbruch der in den beiden letzten Reichstagen begonnene Reformarbeit würde die bedenklichsten Folgen haben.

Abg. Mantau (Chr. Soz.) begrüßt den Vortag des Abg. Dr. Kahl. Die Fortsetzung der Reformarbeit am Strafrecht sei notwendig, wenn man auch nicht allen Einzelheiten der bisherigen Ausschussarbeit zustimmen brauche. Notwendig sei vor allem die in der Reform vorgegebene Einführung von Besserungs- und Sicherungsmaßnahmen.

Abg. Dr. Löwenthal (Komm.) erklärt, wenn je eine Zeit den Anstoß zur Strafrechtsreform nicht gehabt habe, so sei es die gegenwärtige, in der ein faschistisches Regime sich über den Kopf der Volksmehrheit hinwegsetze. Der bisherige Reformantrag sei ein Werk der politischen, sozialen und kulturellen Verrottung. Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wendet, kommt es zu Lärm szenen. Abg. Heines (Natioz.) und andere Nationalsozialisten rufen: „Unverschämter Judenschwein! Sie werden dafür zur Ordnung gerufen. Von den Nationalsozialisten wird weiter gerufen: „Was geht den Juden das Recht an?“ Präsident Lobe erklärt, wenn die dauernden Lärm szenen nicht aufhören, müsse er mit Ausweisungen vorgehen. Die Nationalsozialisten verlassen verschiedene Nationalsozialisten den Saal, die sich um, so daß sie dem Redner den Rücken zuwenden.

Abg. Dr. Frank II (Natioz.) beginnt seine Rede mit den Worten: „Der Proletarier Löwenthal hat die echt jüdische Unverschämtheit befohlen.“ Präsident Lobe ruft den Redner zum Schweigen. Dr. Frank wiederholt den Gehörlosen. Präsident Lobe ruft ihn nochmals zur Ordnung und macht ihn auf die Gefahr eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. — Die Kommunisten erheben durch „Ruhlos“-Gemurmel förmliche Unruhe. Die weiteren Ausführungen des Redners nur sehr schwer zu hören sind.

Präsident Lobe droht den Geräuschverursachern Schließung der Sitzung und Ausweisung an. Das Gemurmel läßt darauf etwas zu erkennen, daß sich aber wieder als Dr. Frank meint, Kommunisten und Juden könnten ihn nicht beleidigen.

Abg. Dr. Frank II erklärt, die Nationalsozialisten würden die vor dem Reichstag begonnene Strafrechtsreform nicht wieder aufgeben, denn dabei handle es sich nicht um Reformarbeit. Dem Erspindenden widerspreche es, wenn der Zweikampf der Schamung aber erlaubt sei.

Bezürktetes Gemurmel der Kommunisten veranlaßt den Präsidenten zu der Erklärung, er erwäge jetzt zum letzten Mal um Ruhe und werde zu strengeren Maßnahmen greifen.

Abg. Dr. Frank II hat in seinen weiteren gegen die Mittelparteien gerichteten Ausführungen, die bei der von den Kommunisten erzeugten Unruhe nicht auf der Tribüne zu verstehen sind, offenbar eine unparlamentarische Bemerkung gemacht, denn Präsident Lobe ruft ihn zum dritten Mal zur Ordnung und entzieht ihm — wie des beim dritten Ordnungsruf immer geschieht — gleichzeitig das Wort. (Unruhe bei den Natioz.)

Abg. Wegmann (Zr.) beschränkt sich auf die kurze Bemerkung, daß das Zentrum gegen die bisherige Reformarbeit starke Bedenken habe, aber der Ausschussüberweisung nicht widersprechen wolle. Die Bayerische Volkspartei nehme die gleiche Haltung ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Wir wollten ursprünglich einfach dem Antrag Kahl zustimmen, ohne das Wort zu ergreifen. (Abg. Goebbels erhält für einen beleidigenden Zwischenruf einen Ordnungsruf.) Angesichts der Angriffe gegen uns halten wir es für notwendig, noch einmal zu dem Antrag Kahl Stellung zu nehmen. Wir sind dem Abg. Dr. Kahl zum Dank für seine mühevollen und sachliche Arbeit im Strafrechtsauswurf verpflichtet. Wir haben auch den Abg. Dr. Kahl in vielen Fällen eher bereitgefunden als Vertreter anderer Parteien, modernen und sozialen Gesichtspunkten im Strafrecht zur Durchföhrung zu verhelfen. Wir sind trotzdem nicht so optimistisch über die Modernisierung des Strafrechts durch den neuen Strafrechtsentwurf wie der Abg. Dr. Kahl und der Staatssekretär Zoel. Ungeachtet der jetzigen Zusammenfassung des Reichstags wollen auch wir die Arbeit einer dringend notwendigen Reform fortföhren.

## Wirths Antwort an Fric

### Schallende Ohrfeigen für den Naziminister

Der Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat dem thüringischen Naziminister Dr. Fric, auf dessen Antrag die Genehmigung der Reichsregierung zum Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gera, zu erteilen, vor wenigen Tagen eine Antwort zukommen lassen, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt.

In dem Schreiben wird u. a. darauf verwiesen, daß ähnliche Vorwürfe, wie sie von Fric gegen das Reichsbanner erhoben worden sind, schon vor Monaten wiederholt gegen den Thüringer Stahlhelm und die Thüringer Nationalsozialisten erhoben wurden, ohne daß Fric auf diese ihm amtlich bekannten Vorwürfe auch nur irgendwie reagiert hätte. Der Reichsminister

des Innern fragt den thüringischen Naziminister in seinem Antwortschreiben deshalb, welcher Unterschied zwischen den Vorwürfen gegen die Reichsverbände und gegen das Reichsbanner besteht, und warum er in dem einen Falle eingegriffen habe, in dem anderen Falle aber nicht. Wirth ersucht ferner um eine genauere Präzisierung der Vorwürfe gegen das Reichsbanner, Ortsgruppe Gera.

Der Brief des Reichsinnenministers schließt mit einem scharfen Protest gegen die Veröffentlichung der gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe durch Fric, noch ehe, entgegen dem bisherigen Brauch die Angaben von einer objektiven Instanz hätten geprüft werden können.

## Kampf der belgischen Sozialisten gegen neue Bewaffnungstredite

### Der Generalrat fordert die Aufhebung des belgisch-französischen Militärabkommens

Brüssel, 10. Dezember. (Sig. Drahtbericht.)

Der Generalrat der sozialistischen Partei Belgiens hielt heute morgen eine große Debatte ab über die Kreditanfrage der Regierung im Betrage von 300 Millionen Francs für den Bau neuer Festungswerke in Südtirol, Antwerpen, Namur, Sermonde und Genl. Nach der Rede des Berichterstatters Wauters war die ganze Partei fest entschlossen, gegen die neuen Bewaffnungstredite einen schonungslosen Kampf zu föhren. Sie meint, der Bau neuer Festungswerke sei eine Provokation für die Nachbarländer. De Gaulle wies auf die Gefahr für den Frieden hin, die in der Bildung einer Liga unzufriedener Völker in Europa besteht. An dem Tag, an dem ein solches deutsches Deutschland wieder bewaffnet wird, wird der Friede bedroht sein, aber wie können wir Deutschland die Bewaffnung verweigern, wenn wir selber Artikel 8 des Versailler Vertrages

nicht achten! Wir haben, sagte er, keine einzige Entschuldigung mehr, unsere Bewaffnung nicht zu beschränken. Graf Bernstorff hat Recht, wenn er in Genl die Forderung der Parität in der Sicherheit stellt. Die Sicherheit Deutschlands ist nicht größer als unsere. Deutschland ist bedroht durch das faschistische Polen. Alle Redner, auch die französisch gekauften wallonischen Delegierten forderten die Aufhebung des französisch-belgischen Militärabkommens, da abgemacht angenommen wird, daß die neue Festungslinie für Belgien vom französischen Generalstab vorgeschlagen worden ist. Gaubert meinte, das französisch-belgische Militärabkommen habe seit den Locarnoverträgen keinen Zweck mehr. Er nannte es eine Gefahr für Belgien, da es in Deutschland die Vermutung hervorgerufen habe, Belgien habe gegenüber Frankreich andere Verpflichtungen als gegenüber Deutschland.



Wir werden uns auch bemühen, beim Strafgesetze Änderungen durchzuführen. Freilich nicht von der Art, die Dr. Brand gefordert hat. Er hat uns das Recht abgesprochen, die ethischen Belange wahrzunehmen.

Diese Belange soll eine Partei vertreten, in deren Vorstand Gemeindevorsteher sitzen, eine Partei, die nur umzugehen versteht mit Revolver, Dolch, weißen Mäusen und Stinfbomben! (Sehr gut! links.) Solche Herren wollen uns das Recht freitrag machen, die ethischen Belange des deutschen Volkes wahrzunehmen?

(Zuruf rechts: Das verstehen Sie ja gar nicht!) Wenden Sie sich doch an Ihren Freund Münchmeyer, den Fleischbeschauer des Dritten Reiches. (Heiterkeit links und in der Mitte, Gelächter rechts.) Sehen Sie sich in Ihren Reihen um. Denken Sie doch an Ihren Kollegen Weigel, der wegen Abtreibung bestraft ist. (Hört! Hört! links und in der Mitte.) Sie bezeichnen ja Abtreibung als ganz besonders verabscheuungswürdiges Verbrechen. Sie haben auch erklärt, daß Sie keineswegs gesonnen sind, im Strafrecht auszuscheiden, ja sich mitzuarbeiten. Das macht auf uns keinen Eindruck, denn wir haben es gar nicht für möglich gehalten, daß diese Herren sachlich mitarbeiten können.

Es spielt deshalb gar keine Rolle, ob Sie am Strafrecht mitarbeiten oder nicht, denn niemand würde merken, daß das geschehen ist

(Sehr gut! links.)

Brand hat noch von dem Film gesprochen, der angeblich dem deutschen Volk aufgezungen werden soll. Nun, ich habe noch niemals einen Film gesehen, der gerade, weil er von jeder Tendenz frei ist, einen so tief erschütternden Eindruck auf jeden anständigen Menschen macht. (Die Nazis schimpfen wie toll.) Sie verstehen das nicht und ihr Protest erhebt sich nur als Ausdruck der Tatsache, daß damals, als sie den Kriegsausbruch wirklich leben konnten, vorgezogen haben, sich anderswo aufzuhalten. (Wahres Gelächter rechts.) Sie schreien, daß sie von allen Fraktionen den größten Prozentsatz an Kriegsteilnehmern hätten und fragen den Redner höhnisch, wo er damals gewesen sei. Ich war so wohl in Rußland wie in Frankreich im Schützengraben, aber von manchen ihrer Führer ist jetzt doch nie nicht im Kriege gewesen sind. (Der Präsident ruft einen der brüllenden Nazis zur Ordnung. — Andere schreien: Der Redner soll die Wahrheit sagen? Wir wissen, was im Feld war.) Einige weitere Sätze des Redners gehen im Gelächre unter. (Ein Sozialdemokrat hatte den Nazis zugerufen, sie hätten während des Krieges nur getrieben. Der Kriegsbefehlshaber Abg. Bletter (Nazis) zeigt seine Proteste am Sein vor, rät ihm: Da jetzt ihr, wo ich gewesen bin, geht zur Unter und bedrückt den Zuhörer, ihm in die Presse zu hauen. Dafür wird Bletter vom Präsidenten wegen Bedrohung eines Abgeordneten ausgewiesen.) Wir werden im Ausschusse mitarbeiten zum Wohl der Arbeiterklasse. (Beifall der Sozialisten rechts.)

Abg. Dr. Karpfenstein (Nazis): Wenn ein 60-Millionen-volk ein neues Strafrecht erhalten soll, muß es einen einheitlichen Willen haben, die Kultur, Ehre, Klasse, Keuschheit der Leiber usw. zu wahren. (Stürmische Heiterkeit.) Da muß der Geist des Volkes nicht in der brennenden Sonne der Intelligenz verbrannt sein. Wir sehen, daß dort in dem Interessentenbauern, bei den Intelligenzbesten, den Gemeindevorsteher und Konsumvereins-Emperoren die Heiligkeit des Körpers keine Achtung mehr hat. (Ausrufe des Staunens und der Verwunderung links.) Der Redner spricht von Gesetzen der sozialdemokratischen Kantontafelwirtschaft, er erntet mit traurigen Verzweiflungen und Protesten von Intelligenzbesten, von sozialdemokratischen Kantontafelwirtschaften aus Kantonal usw. das härtesten seiner Leute. Er geht fort, von einem schließlichen SPD-Bogen zu sprechen, deren Geist ihn anlockte. (Rufe des Präsidenten: Zwei Ordnungsrufe für den Kommunisten Redner. Da der Redner keinen Ausdruck nicht auf Abgeordnete genügt haben will, nennt ihn ein Kommunist Beiligung. In dem darauf erteilten Ordnungsruf ruft Abg. Ziegler, der Ausdruck sei ja nur eine Berufsbezeichnung gewesen.)

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) erklärt auf das Gehörwort als Antragsteller mit Rücksicht auf den Tiefstand der Disziplin zu verzichten und legt hinzu: Wenn die Herren der äußeren Rechte und Strafen konsequent wären, so würden sie auf die Arbeit verzichten. Dann bekäme wir ein gutes Strafrecht. (Beif. Beifall der Sozialdemokraten und der Mittelpartei.) — Der Redner wird von den Nazis durch einen Interpellation

Gegen die Stimmen der Linkenpartei wird der Antrag dem Strafrechtsausschusse überwiesen. Darauf wird die erste Beratung des Strafrechtsentwurfes fortgesetzt.

Abg. Dr. Reichel (D. Staatsp.) befragt den Vorsitzenden der Nationalsozialisten in der Frage der Beamtengehälter und Pensionen gegenüber der Wahlweise der Beamten. Im Dienstag haben wir den großen Einfluß der vielen Pensionsempfänger unter den Nationalsozialisten gesehen. (Zuruf rechts: Das haben Sie in der Tat gesehen.) Der Redner spricht für das Beamtenamt und behält sich Befreiungsanträge vor.

Abg. Gahr (Nazis) wünscht härtere Anwendung des Arbeitseinkommens, befragt aber die Kapitalrenten des Kapitalrentenrentners. Die Höchstgrenze sollte 12000 Mark be-

tragen, das Gesetz dürfe nur ein vorübergehendes Notgesetz sein, weil die Beamtenrechte wieder hergestellt werden müßten. Der Redner schimpft zum Schluß auf die Beamten-Konjunkturvereine und ruft zum Kampf gegen den Sozialismus auf. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Völter (Soz.):

Die Beamtenschaft hat ganz richtig erkannt, daß sie sehr gut daran tut, sich des Mittels der Selbsthilfe und der Konsumgenossenschaften zu gewissen Erleichterungen ihrer wirtschaftlichen Lage zu bedienen. Der Deutsche Beamtenbund, den Abg. Lude solcher Bestrebungen anführt, zählt ja auch den Abg. Lude zu seinen Mitgliedern, und dieser hat bei der Beschlagnahme stets auf seine besondere Eignung zur Vertretung der Beamteninteressen hingewiesen. (Hört! Hört! links.) Abg. Morath hat sich am Dienstag unnötig den Kopf über angebliche Widersprüche zwischen der Haltung meiner Organisation und meiner Fraktion zur Pensionierung zerbrochen.

Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß jeder Arbeitende seine auskömmliche Versorgung finden soll. Denselben Standpunkt nimmt meine Berufsorganisation ein. Wenn aber pensionierte Beamte eine ausreichende bezahlte Stelle haben, dann kann der notleidende Staat nicht noch Geld zu einer Ueberbezahlung hinzugeben.

(Sehr wahr! links.) Abg. Sprenger hat am Dienstag über die Kulturhöhe des Berufsbeamtentums philosophiert und nötigt mich dadurch, die Ehre des Berufsbeamtentums zu verteidigen. (Ruf: Warte! Da sind Sie der Richtige!) Sie sehen alle nicht Ihre Partei angehörigen Beamten als Schmarotzer, das heißt in Ihrem Jargon "Revolutionsbeamte" und "Parteibeamte" an.

Sie sollten über die Ausnutzung politischer Stellen zu privaten Nutzen lieber schweigen.

Der Redner berichtet dann ausführlich über den Fall eines nationalsozialistischen Spartakusvorsitzenden in Stralsund, der einem Landwirt gegen hohe Provision den Ankauf eines der Stadtparteilasse veräußerten Kinos angetragen hat. (Die Nationalsozialisten versuchen durch Gelächre, den Redner zu übertönen.) Am 22. Februar d. J. hat dieser Spartakusvorsitzende noch einmal einen dringenden Brief an den Landwirt gerichtet, um ihm zum Ankauf des Kinos Rat zu machen. (Lärm rechts. — Hört! Hört! links. — Zuruf der Nazis: Erzählen Sie doch lieber von den Schiebungen des Bruders von Adolf Reich.) Ja, ich erzähle noch von manchen Schiebungen, z. B. in Coburg (Zuruf rechts: Das wollen wir gar nicht hören!)

Dort hat sich ein Angehöriger der nationalsozialistischen Stadtverordnetenmehrheit auf Grund von Mitteilung aus den Gemeindevorständen ein Grundstück gesichert, das die Stadt kaufen wollte, und hat

es ihr dann mit erheblichem Gewinn weiterverkauft. Außerdem hat er sich die Lieferung für fünfzig Dienstoffstellen verschafft, die ihm einen schönen Gewinn eingebracht haben.

Solche Verfehlungen einzelner Parteimitglieder dürfen nicht einer Partei einsehlich im Schutze gelassen werden. Aber zur moralischen Enttarnung bezieht bei Ihnen gar kein Interesse. Sie sollten einmal gezwungen werden, die Reichstagsreden zur Verlesung zu lesen, die Sie in der Hand zu wiederholen, wo Sie vor der Arbeit im schamlossten Beamtenheke getrieben werden, sind damals für rigorose Herabsetzung der Beamtengehälter getreten. In der Stadtverwaltung Halle haben Sie eine Gehaltsentwertung für die leitenden Angestellten der städtischen Betriebe anträgt. Im Ausschusse haben Ihre Vertreter dann diesen Bescheid niedergestimmt. Sie mühten allerdings bei der Schlußabstimmung im Plenum wieder dafür stimmen. (Hört! Hört! links.)

Als unser Parteifreund Trösch in Thüringen Minister war, betrug sein Gehalt 7200 Mark. Seine Gehälter (zu den Nazis) durch Erhöhungen, die schon unter der Ordnungsbildregierung beschlossen wurden, auf 19 000 Mark erhöht worden.

(Hört! Hört! links.) Dazu kommt noch eine jährliche Aufwandsentschädigung von 2000 Mark und Wohnungsgelder. (Gelächre der Nazis.) Seinerzeit hat die Nationalsozialisten hier im Reichstag einen Antrag auf Einschränkung der Ministergehälter eingebracht und in seiner Begründung sagte Herr Trösch: „Die Minister machen sich die Taschen voll.“ (Große Heiterkeit. — Empörte Rufe der Nazis, aus denen man u. a. herausgehört, ein so köstlich Deutsch spreche Trösch nicht.) Machen Sie das miteinander ab Fremde wortwörtlich denselben Antrag eingebracht, da haben die Nationalsozialisten ein Gegenstimme. (Stürmisches Hört! Hört! links und in der Mitte), wobei ihr Wortführer sagte, Minister Trösch müßte sein ganzes Gehalt annehmen, weil ein Gelehrter auf Gehaltsfragen nicht durchzubringen sei. (Hört! Hört! links.) In der Aufregung hatte man den Eindruck erweckt, daß Trösch auf erheblichen Teil seines Gehaltes verzichtet hätte. Staatsminister Baum hat im Landtag das Gegenteil festgestellt. (Andere Störungsrufe Trösch und anderer Nazis, darunter auch die „Wagner“ und „Berufschieber“.) — Vizepräsident Stöhr hat schließlich, durch andauernde Zurufe der Linken veranlaßt, Schimpfer auf, sich zu melden, und ruft ihn dann zur Ordnung

## Seltene Parlamentsfitten in Polen

Der neue Sejmarschall gegen die Immunität der Abgeordneten

Warschau, 10. Dezember.

Die gestrige, auf vorherige Abmachungen beruhende und niemand überraschende Wahl der Reichshalle im Sejm und im Senat hat eine weitgehende und möglicherweise unumwälzende Bedeutung. Sowohl der Sejmarschall Swiatkowski wie auch der Senatsmarschall Raczkiewicz hatten nämlich vor der offiziellen Annahme ihrer Ämter (obwohl diese von maßgebender Seite längst bestimmt war) die Einwilligung des Staatspräsidenten ein und erklärten sich dann erst zur Amtsübernahme bereit. Durch diese einschneidende Keuerung in den bisherigen Sitten des Parlamentes soll in dem durch Pilsudski bereits geäußerten Sinn

## Revolver-Attentat

auf den dänischen Sozialminister

Kopenhagen, 10. Dezember.

In der heutigen Folketing-Verammlung wurde von der Zahlentheorie aus, während der Rede Strindbergs ein Revolverattentat gegen den Minister verübt. Mit dem Ruf „Im Namen der Arbeitslosen“ gab ein Zuschauer plötzlich einen Revolverstoß auf Strindbergs Brust, der jedoch fehlging, da zwei Detonierer auf den Attentäter wirkten und seinen Arm in die Höhe schlugen. Der Lärm wurde überwältigt und verhallte. Die im Saale anwesenden Polizei-Beauftragte Minister Strindbergs, der seine Rede in aller Ruhe fortsetzte.

Kopenhagen, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Revolverstoß aus dem Folketing ist ein junger Agitator der Arbeitslosenorganisation kommunistischer Richtung namens Charles Rielsen. Rielsen und drei seiner Kameraden wurden festgenommen.

## Die hölzernen Kreuze

von Roland Dorgelés

Berechtigter Übersetzung von „Les Croix de bois“

durch Hans Kellen und Gerhard Wolf

Copyright by Neumann-Neudamm Verlag, Leipzig

(Nachdruck verboten.)

Die Splinter stürzen krachend nieder und zerfallen in Hagelstürmen von den Dachböden wieder herab. Es regnet wieder hoch und heftig gleich damals auf:

„Ach, da sind sie ja...“  
Er hatte die Stimme Sulphars erkannt, der sich in aller Demutlichkeit mit demselben herumgewandelt hatte.

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Von dem Gelben? Gelber Koffer? Und hat das den Namen der Tochter?“  
„Nein, das hat er nicht. Er hat einen gelben Koffer, er hat einen gelben Koffer, er hat einen gelben Koffer.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“

„Was? Wo ist er?“  
„Da hinten, da hinten, da hinten, er ist mit einem gelben Koffer, als ich ihn durch den Regen sah.“



gleichzeitig die Keuzerung des Redners, Jener nicht beleidigen, als nicht parlamentarisch.

von uns macht Herrn Frit einen Vorwurf, dass er das gesammte Gehalt bezieht. Aber das ist zwischen Ihrer Agitation und Ihrer Praxis nicht angeordnet.

nach Thüringischem Gesetz den Ministern eine Schuld nehmen, wenn sie ohne eigene Schuld an ihrer Gesundheit Schaden nehmen, das ist aus dem Amt scheiden unter der Ministerhaft Frits eine Erweiterung der Bedingungen eingetretet. (Währendes Geschrei rechts.)

am Dienstag behauptet, wenn erst keine Partei braucht die Beamten keinen Verfassungsschutz mehr. Die Beamten können froh sein, wenn sie nicht in die Hände der Minister kommen.

Frit ist der Minister, der einen Rekord an Ungehörigkeiten durch die höchsten Gerichte bewies. Die Zustimmung links, andauernder Lärm rechts.)

Freiwillig, wenn es stürmisch zu werden scheint, Frit, Goebbels und Straffer verschwunden. Frit versucht mehrmals Ruhe zu schaffen und die Abgeordneten zum größten Teil in der Mitte des Saales zu versammeln, auf ihre Plätze zu veranlassen. Erst nach minutenlangem Lärm kann der Redner seine Ausführungen beginnen.

Frit war es sich selbst und seiner Familie die Ansprüche, auf die er bei seinem Auszug in Bayern verzichten mußte, sich in Thüringen zu sichern.

gebraucht wiederholt Schimpfworte gegen die Linke und wird vom Präsidenten Löbe mehrmals gerügt. Er behauptet, daß er in keiner Rede nicht besonders die Linke beleidigen wollte, daß er für eine Höchstspannung von 12 000 Volt überhörenden Teil ihres Gehalts (Heiterkeit links.)

Ude (Wirtschaft) verliest zum Beweis der nationalsozialistischen Beamtenhege eine Nazischmähchrift aus der gegen das Berufsbeamtentum. (Lärm rechts. — und ironische Zurufe links und in der Mitte.)

Dr. Böcker (Soz.) auf eine Keuzerung des Abgeordneten Sprenger, er habe Minister Frit nicht den Vorwurf des ungesetzlichen Bezugs von Wohnungsgeld gemacht, sondern nur die Thüringischen Besoldungsliste zitiert.

Präsident Löbe schlägt für die heutige Tagesordnung die Behandlung verschiedener Anträge und des Rests der gestrigen Tagesordnung beantragt.

Dr. Schmidt-Samoder (Nat.) die Aufhebung der Mißsachenanträge gegen Wirth, Curtius und Trevis, außerdem die Behandlung des Antrages auf Sperrung der Eisenbahnstrecke an Preußen. Dabei macht er prosozialistische Anträge gegen die Weimarer Verfassung, das Parlament und die Rechte des Hauses. (Schlußrufe links. — Präsident Löbe hat den Redner, sich kurz zu fassen, da sieben Redner zur Tagesordnung gemeldet sind, und droht, ihm bei Fortsetzung der Ausreden die nicht zur Tagesordnung gehören, das Wort zu nehmen.)

Dr. Bendhanzen (Landvolk) schließt sich Schmidt-Samoder an.

Dr. Frit (Natz.) wiederholt den Antrag auf außerordentliche Debatte mit Mißtrauensanträgen.

Dr. Everling (Nat.) beantragt für Donnerstag Behandlung der Anträge, das Republikgesetz aufzuheben, einen Schandfleck der Republik nennt. (Rufe des Präsidenten.)

anderer deutschnationaler Redner verlangt, daß am Freitag der Antrag seiner Partei auf Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" beraten werde. Sollte sich herausstellen, daß die deutsche Republik diesen Film ertragen könne, die Nation könne es nicht. (Lebhafte Heiterkeit links.)

Dr. Eber (Zr.) mit höhnischen Rufen rechts empfangen, daß man im Kellertentativ einig war, nur solche Punkte zu diskutieren, die ohne Debatte erledigt werden können und, daß die deutschnationalen noch die Nationalsozialisten andere Anträge haben. (Hört, hört! links und im Zentrum.)

Abänderungsanträge zur Tagesordnung gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten. Ueber den Antrag Everling muß im Himmelssturz entschieden werden. Der Antrag Everling wird mit 29 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der Antrag Landvolk, das Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" auf die Tagesordnung zu legen, wird in einfacher Abstimmung gegen Landvolk, deutschnationale und Nationalsozialisten abgelehnt. (Wüste Beschimpfungen und Schlußrufe gegen die Deutsche Volkspartei.)

12 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 13 Uhr.

unmögliche Innenminister Thüringens

Kellenbach (Dem.) führte aus, solange ein Staatsfeind an der Spitze der Regierung in Thüringen stehe, könne nicht eintreten werde. Alle anderen bürgerlichen Parteien schweigten sich zu den beiden großen Anträgen der Nationalsozialisten aus.

## Stich in Berlin

Rundgebungsverbot unter freiem Himmel verboten  
Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Nachdem die verschiedenen politischen Rundgebungen in den letzten Tagen trotz geringfügiger Beteiligung (in keinem Falle mehr als 2000) eine Störung der öffentlichen Ordnung herbeigeführt haben, hat der Polizeipräsident in Berlin auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung vom Mittwoch, den 10. Dezember 1930 ab 14 Uhr sämtliche Rundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Dieses Verbot wird bis auf weiteres aufrechterhalten mit der Ausnahme, daß eine Anzahl von Mägen, deren Namen noch bekanntgegeben wird, für Versammlungen freigegeben bleibt. Umzüge bleiben auch dann in jedem Falle untersagt. In den übrigen Straßen und Plätzen wird jede Ansammlung unter Umständen ohne vorherige Warnung polizeilich zerstreut.

## Der Blutausch der Wörderpartei

Auf einer einzigen Seite des „Völkischen Beobachters“ liest man das Folgende in schreienden Schlagzeilen:  
„Viehische Greuelthaten roter Bestien. Blut! Den Leib aufgeschlitzt. SA-Mann von roten Bestien schredlich zugerichtet. Viele Messerstiche. Der Schwerverletzte liegt im Sterben. Sieben Verwundete auf den Kopf. Zehn SA-Männer schwer verletzt. Ein SA-Mann erhielt sieben Messerstiche. Barricaden gegen Nationalsozialisten. Reichsbanner und Polizei überfallen ein SA-Heim. Kommunistischer Feuerüberfall auf Parteigenossen. Die Hand durch den Schuß zerschmettert. Roter Mob.“

Täglich wächst die Zahl der politischen Blutthaten. Niemand in Deutschland, der nicht wüßte, daß es das Treiben der nationalsozialistischen Juden ist, das den organisierten Mord in Deutschland zur täglichen Erscheinung gemacht hat! Diese Hezweilen des Zentralorgans des Herrn Hitler verfolgen den Zweck, die Blutgier und den Fanatismus der Nationalsozialisten so aufzustacheln, daß sie rot sehen und die letzten Hemmungen verlieren, die sie von Mord und Todschlag abhalten könnten. Eine jede Nummer des „Völkischen Beobachters“ enthält derartig widerliche Aufzeichnungen zu Blutorgien!

## Neuer Nazischwindel

Riel, 9. Dezember (Eigener Drahtbericht). Eine neue Lüge, die in den Naziblättern bald die Runde machen dürfte, ist von den Hitlerianern in Schleswig-Holstein

# Laval gescheitert

Niemand mag sich neben Lardieu setzen — Kommt nun Briand oder Poincaré?

Paris, 11. Dezember. (Eig. Funterbericht). In der Regierungskrise in Frankreich hat mit dem Verzicht Laval's eine neue Episode begonnen. Laval führt seinen Mißerfolg in einer amtlichen Erklärung auf die „allzu scharfen politischen Konflikte zwischen den Parteigruppen und die Verschiebung der Mehrheiten in Kammer und Senat“ zurück. In Wirklichkeit ist Laval daran gescheitert, daß er den ehemaligen Ministerpräsidenten Lardieu unbedingt ein sein Kabinett aufnehmen wollte. Nicht nur die Radikalen, sondern auch sämtliche Gruppen des linken Zentrums haben sich am Mittwoch eine nach der anderen geweigert, noch einmal mit Lardieu zusammenzuarbeiten, dessen Kompromittierung im Dastrie-Standal immer deutlicher werde. Der letzte verzweifelte Versuch Laval's, eine Regierung der Persönlichkeiten zu bilden, scheiterte daran, daß ihm nicht weniger als acht Politiker die Mitarbeit wegen Lardieu verweigerten.

Der sozialistische „Populaire“ kann also mit vollem Recht erklären, daß der Mißerfolg Laval's in erster Linie Lardieu treffe. Laval selbst sei aus dem Kampf um die neue Regierung nur leicht verletzt hervorgegangen. Lardieu aber sei moralisch end-

# Die vorbereitende Abrüstungskommission

im Urteil der englischen Presse

Obwohl die „Times“ weit entfernt ist, befriedigt zu sein von den Beschlüssen der vorbereitenden Genfer Abrüstungskommission, so ist sie dennoch der Ansicht, daß ein wahrer Fortschritt erzielt worden ist, der, wenn die Regierungen ernstlich dazu bereit seien, den Beginn der europäischen Abrüstung bedeuten könnte. Die deutschen Delegierten seien nicht besonders hilfreich bei den Schlussverhandlungen gewesen, meint das führende konservative Blatt, und ihre Haltung sei von Berlin inspiriert worden. Glücklicherweise habe jedoch die Berliner Regierung ihre Genfer Delegierten nicht zurückgezogen und dies wäre ein narrischer Streich gewesen in einem Augenblick, in dem der erste Schritt vorwärts auf dem Wege der Entwaffnung gemacht worden sei.

Sanz anders sieht der Leitartikel des liberalen „News Chronicle“ die Beschlüsse der Abrüstungskommission. Für ihn ist das Ergebnis der Kommissionsberatungen eine bittere Enttäuschung, die alle Hoffnung auf eine schnelle und dringliche Abrüstung vernichtet hat. Wenn die Haltung des Grafen Bernstorff auch abstrakt gewesen und nicht zu rechtfertigen sei, so wäre sie doch aus der öffentlichen Meinung Deutschlands heraus zu begreifen. Eins ist für den „News Chronicle“ gewiss: wenn Frankreich nicht abrüstet, werde sich Deutschland unvermeidlich wieder bewaffnen.

Der „Daily Herald“ teilt weder den Optimismus Lord Cecil's noch den Pessimismus des Grafen Bernstorff. Die Wahrheit, so sagt das Organ der Arbeiterpartei, liege zwischen beiden Extremen. Was erreicht worden sei wäre das Maximum dessen, was durch ein Uebereinkommen erreicht werden könne und in der Abrüstungsfrage gebe es nur durch Uebereinkommen einen Fortschritt. Die Hauptaufgabe bleibe jedoch der Genfer Konferenz selbst überlassen. Darin sei die eigentliche Arbeit zu leisten. Der „Daily Herald“ glaubt nicht daran, daß aus einer Konferenz, wenn sie heute zusammenströme, viel herausbringen würde. Er glaubt nicht, daß Italien heute in eine wirkliche Abrüstung einwilligen würde. Die Staatsmänner aber seien geneigt, die Verantwortung auf die öffentliche Meinung abzuwälzen. Das sei nur bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Die Hauptverantwortung nehme den Staatsmännern niemand ab. Sie würden für ihre lehrlich gegebenen Versprechungen gebunden bleiben. Die öffentliche Meinung verlange von den Staatsmännern eine Politik, die in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung sei, von der der Frieden der Welt abhängt.

erkunden worden. Der Geschäftsführer der Kreisrentenkasse in Oldenburg in Holstein hat Unterschlagungen von mehr als 16 000 Mark begangen. Nachdem der Betrüger bis zur letzten Kommunalwahl bürgerlicher Stadtrat war und niemals der SPD angehört hat, wird er in der hiesigen Presse der Nazis und in deren Versammlungen als Oberhänge der SPD und des Reichsbanners bezeichnet. Das ganze Mandat läuft unter dem Schlagwort: „Die SPD, die Partei der Korruption.“ Vor diesem neuen Schwindel wird gewarnt!

## Ein Verleumder Grzejinski verurteilt

Der prattische Arzt Dr. Alfred Braun aus Bremerhaven wurde am Dienstag von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des früheren Innenministers Grzejinski zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt.  
Braun hatte die verleumderische Behauptung in die Welt gesetzt, daß sich der Minister im Hotel „Grzejinski“ in Bremerhaven nach der Rückkehr von seiner Zepellinfahrt nach Amerika betrunken habe. An dieser Behauptung war nicht ein wahres Wort. Im Verlauf der Verhandlung gab der Ehrenmann an, daß Minister Grzejinski damals mit einem Rechtsanwalt aus Ostendorf verwechselt worden wäre.  
Der Antrag des Staatsanwalts gegen den akademisch gebildeten Verleumder lautete an Stelle einer verwirkten Strafe von einem Monat Gefängnis auf 1000 Mark Geldstrafe.

## Curtius bei Sündenburg

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag.

## Der Kampf um den Remarque-Film

Heute Verhandlungen vor der Ober-Filmprüfstelle.  
Am Donnerstag wird sich die Ober-Filmprüfstelle mit den Anträgen mehrerer Landesregierungen beschäftigen, die weitere Aufführung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues“ zu verbieten. Die Verhandlungen werden unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Seeger vom Reichsinnenministerium stattfinden. Außer ihm gehören der Ober-Filmprüfstelle an der deutsch-nationale Abgeordnete und frühere Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ Paul Baedeker, der christlich-sozialer Professor Dr. Hinderer, die Schweser des Generals Reinhardt und ein Arbeitnehmervertreter.

Man muß auf Grund dieser Zusammenlegung damit rechnen, daß Oberregierungsrat Seeger überstimmt und im Sinne des Straßenpöbels mit 3 zu 2 Stimmen ein Majoritätsbeschluss gegen den Film gefasst wird, der gleichbedeutend ist mit seinem Verbot. Die Angelegenheit dürfte damit jedoch nicht erledigt sein.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ wurde am Mittwoch im Reichsministerium des Innern Mitgliedern der Reichsregierung vorgeführt. Die Nachricht, daß sich das Kabinett in diesen Tagen mit der Frage eines Verbots des Filmes beschäftigen werde, trifft nicht zu. Die für ein Verbot allein zuständige Instanz ist die Ober-Filmprüfstelle.

Auch die Reaktion scheint dies endlich eingesehen zu haben; denn niemand mag es heute mehr, noch für Lardieu einzutreten. Man erwartet, daß der Präsident der Republik am Donnerstag einen Kandidaten aus dem Lager der Linken mit der Regierungsbildung beauftragen dürfte, und zwar Briand, Steeg, Chautemps oder Painlevé. Wenn es ihm allerdings gelingen sollte, Poincaré doch zur Regierungsbildung zu bestimmen, dürfte dieser den Vorrang vor allen anderen Kandidaten erhalten.

## Italienische Spionage in Frankreich

Paris, 11. Dezember (Eigener Funterbericht). Wie aus Marseille berichtet wird, ist der französischen Polizei an der Riviera einer italienischen Spionageorganisation auf die Spur gekommen. Bei einer Schlägerei war der Führer der lokalen faschistischen Organisation, Viktor Das, verhaftet worden. Man fand bei ihm militärische Dokumente vor. Eine Hausdurchsuchung aber brachte eine umfangreiche Korrespondenz mit gewissen Stellen im Kom zutage, aus der unabweislich zu erkennen war, daß Das als Vermittler einer seit Monaten tätigen Spionageorganisation diene.

## Babst feige gekniffen

Wien, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht). Major Babst, der die „Wiener Allgemeine Zeitung“ wegen des Vorwurfs hochverräterischer Umtriebe verklagt hatte, hat diese Klage am Mittwoch mit der Begründung zurückgezogen, daß seine Verfolgung wegen Hochverrats inzwischen eingestellt worden sei. In Wirklichkeit erfolgte die Rücknahme, nachdem der verantwortliche Redakteur des Blattes in der ersten Verhandlung vor Gericht einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angedehnt hat.

## Troz der Krise

Guter Geschäftsgang der Hamburger Großwerften  
Die Hamburger Großwerften haben in der anhaltenden Arbeitskrise des deutschen Schiffbaues im allgemeinen weit besser abgeköpft, als die Bremer Unternehmen. So kann die führende Hamburger Werft Blohm & Voß A.G. wie in den letzten Jahren eine Dividende von 5 Prozent zahlen. Der Betriebsrat des Unternehmens ist sogar um rund 1 Million auf insgesamt 3,88 Millionen Mark gestiegen und trotz beträchtlicher Erhöhung der Abschreibungen liegt der ausgewiesene Reingehalt mit 575 000 Mark noch etwas über dem Stande des Vorjahres.

Merkwürdig war die Entwicklung bei Blohm & Voß im letzten Jahr durch die Fertigstellung des Riesendampfers „Europa“ und den Umbau des „Columbus“ und der vier Schiffe der „Albert-Böllin“-Klasse besonders günstig beeinflusst. So daß die Werft mit fast 10 000 Mann nahe an den Friedensstand herantrat. Gegen Ende des Geschäftsjahres, also im Mai/Juni, legte ein scharfer Abwärtsschlag ein, der die Werft unter 7700 herabdrückte. Wenn auch durch Fertigstellung von Großaufträgen der Bilanzposten „in Arbeit befindliche Schiffe“ erheblich von 60,5 auf 41,6 Millionen, gestiegen ist, so bleiben die laufenden Arbeiten in Betracht der allgemeinen Schiffbaukrise doch im achseln. Die pessimistisch gestimmte Verwaltung rechnet jedoch, wenn sich die Situation nicht ändert, mit einem größeren Abwärtsschlag von Arbeitern und Angehörigen.







Breslauer Nachrichten

Bei offenem Fenster schlafen?

Gründe dafür und dagegen

Wer das Glück hatte, im Sommer bei offenem Fenster schlafen zu können — wie viele Großstadtbewohner in den städtigen, kalten Straßen konnten es nicht! —

Bei sehr großer Kälte sollte man nach Möglichkeit auch das Schlafzimmer heizen, wenn man in der glücklichen Lage ist, ein Kamin zu besitzen.

Rundgebung der Frauen

Genossin Luise Schroeder zur politischen Lage

Die geistige Rundgebung der sozialdemokratischen Frauen in der großen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses war trotz des Winters und der Feiertagsnähe erfreulich stark besucht.

Brückenauflösung über der Märkischen Straße

ohne Störung des Zugverkehrs

Am 6. und 7. Dezember wurden zwei Tragwerke über die Märkische Straße in Breslau führenden Eisenbrücken im Zuge der Straße Breslau-Trachenberg aufgelöst.

Unbekannter in die Ober gefahren?

Bisher nur die Sachen gefunden. Die Fernschreiber im Regierungsgebäude wurde am Mittwoch ein unbekannter Mann verhaftet, der angeblich ein Koffer mit Geld in die Ober gefahren sei.

Unregelmäßigkeiten bei der A.D.R.

Bei der Berechnung mit dem Versorgungsamt ist das Reich geschädigt worden. Mitteilungen aus dem Untersuchungsverfahren

Bei der A.D.R. ist etwas im Gange und da es in Breslau eine ganze Anzahl Menschen gibt, die die ganze Krankenversicherung in den Ortus wünschen, oder aber am liebsten sehen würden, wenn in der Krankenkasse pensionierte Offiziere den Ton angeben würden, ist es nicht verwunderlich, daß alle Wochen ein neues Gerücht verbreitet wird, das sich mit dem „roten Sumpf“ beschäftigt.

Da in der letzten Zeit tatsächlich eine Unregelmäßigkeit im Betriebe der A.D.R. bekannt geworden ist, fand gestern nachmittags eine Presseinformation statt, in der ganz offen gesagt worden ist, was wirklich ist, weil ja schließlich die Kasse auch ein Interesse haben muß, daß die breite Mitgliedschaft über die gewiß nicht erklecklichen Vorkommnisse informiert werden muß.

Was ist nun eigentlich mit den Unterschlagungen mehrerer hunderttausend Mark?

Die Abteilung Reichsversorgung in der A.D.R., der die Berechnung der Kriegsverfahren und die Berechnung der damit entfallenden Ausgaben beim Versorgungsamt obliegt, hat eben von dieser Berechnungsstelle, dem Versorgungsamt und damit also vom Reich größere Beträge eingefordert, als die Kasse für die Kriegsoffiziersversorgung ausgegeben hat.

eine Vereinbarung mit dem Versorgungsamt getroffen

worden sei, wonach ein fünfprozentiger Zuschlag zu den tatsächlichen Ausgaben der Kasse hinzugerechnet und verrechnet werden dürfte. Da der Regierungsrat, mit dem diese Abmachung getroffen worden sein soll, gestorben ist, schriftliche Unterlagen aber dafür nicht vorhanden sind, war eine Feststellung dieser Abmachung nicht möglich.

Der Angestellte Bienerth hat bereits im Jahre 1929 der Verwaltung einmal Mitteilung gemacht und als Verwaltungsdirektor Kirchhoff diesen Dingen nachging, gaben der Abteilungsleiter Bartsch und andere Erklärungen ab, daß es mit diesen erheblichen Zuschlägen keine Richtigkeit habe.

Bericht des Untersuchungsausschusses

ist deshalb die Tätigkeit des Verwaltungsdirektors Kirchhoff und des Bürodirektors Biskorski als nicht ganz einwandfrei bezeichnet worden. Auch der Bürodirektor Widera hat leichtfertigerweise nichts Schriftliches niedergelegt über die angeblichen Vereinbarungen mit dem Versorgungsamt.

Keine persönliche Bereicherung

Die bisherige Untersuchung der ganzen Angelegenheit hat jedoch keinerlei Anhalt dafür gegeben, daß sich etwa einer der Beschuldigten persönlich bereichert habe. Das Geld ist der Kassenabteilung der A.D.R. zugeflossen und bei dem Etat von etwa 30 Millionen konnte es dort auch nicht auffallen, daß höhere Beträge eingingen, zumal auch die Kasse nicht nach Anweisung gehandelt noch Recepturen nicht stets auf die für die Reichsversorgung vorgeschriebenen Formulare verordnet, so daß das Herausziehen der Verordnungen, die zu Lasten des Reiches gingen, tatsächlich auch ungewöhnlich ersichtbar wurde.

Aus den eingemeindeten Gebieten

Gleiches Recht für Alle!

auch für die Bewohner eingemeindeter Gebiete

Fast drei Jahre sind jetzt seit der Eingemeindung von Deutsch-Lissa und Umgegend verstrichen. Im Eingemeindungsvertrage war vereinbart, innerhalb von drei Jahren die elektrische Straßenbahn nach Deutsch-Lissa hinauszulegen.

Anerkennung Zustände am Siebenmorgenweg in Krietern

Hier muß bald Abhilfe geschaffen werden

Dieser Weg befindet sich schon seit langer Zeit in einem trostlosen Zustand. Benutzt man diesen Weg als Fußgänger, Radfahrer oder Fuhrwerkslenker, so muß man sich nur fragen, wie es ist in so einem Vorort wie Krietern möglich, daß noch solche schlechte Wegeverhältnisse bestehen, die in einem andern Vorort wohl nicht zu finden sind.

zu erleiden, wählt man doch lieber den großen Umweg. Am Rande des Weges befindet sich ein Loch am andern. Es dürfte wohl nicht mit solchen großen Kosten verbunden sein, den Weg für Fußgänger herzurichten und für Fahrzeuge aller Art bis zur endgültigen Befestigung zu sperren.

Von der Unterführung bis zur Krieternstraße. Es ist zu verwundern, daß die Polizeibeamten, die den Weg täglich benutzen, dazu nichts unternommen haben. Vor der Einfahrt in die Polizeifeldung ist der Weg ausgedehnt worden, aber der Uebelstand ist noch größer geworden, als er war.

Schlechte Wege auch anderwärts

8 Monate muß man auf Antwort warten!

Der einzige Weg für die Bevölkerung von Gockschütz führt von dort nach der Hauptaussee in Hundsfeld. Solange die Eingemeindung nicht durchgeführt war, haben die zuständigen Landjägerbeamten auf Anordnung des Herrn Landrats stets dafür gesorgt, daß dieser Weg für Menschen passierbar ist.

Das vernachlässigte Dürrgog!

Noch keine zuverlässige Versorgung mit elektrischem Licht.

Seit dem Jahre 1904 ist das damalige Dorf Dürrgog zur Stadt Breslau eingemeindet. In den vergangenen 26 Jahren war es jedoch den städtischen Elektrizitätswerken bis heute noch nicht möglich, eine zuverlässige Versorgung der Bewohner mit elektrischem Licht durchzuführen.

- 1. Welches sind die Gründe, daß die Stromzufuhr so oft unterbrochen werden muß?
2. Warum wird die zurzeit noch vorhandene Überleitung (welche im Sommer bei jedem Gewitter ausgeht) nicht durch Kabel ersetzt?
3. Sorgt sich das Stadtkommissariat, welches die Anlagen allgemein erzieht, nicht abstellen?







# Ferngas-Beschwerden in Hirschberg

Wie wir bereits schon mitgeteilt haben, sind seit Einführung des Ferngases in Hirschberg lebhafteste Beschwerden über die Beschaffenheit dieses Gases und die dadurch bedingte Verteuerung laut geworden. Die Presse-Kette der Provinzialverwaltung, welche ja bekanntlich Hauptaktionärin der die Verteilung betreuenden Ferngas-Niedererschlesien A.G. ist, teilt hierzu folgendes mit:

Kürzlich bereits bekanntgegeben, hat der Herr Landes- eine Nachprüfung des Sachverhalts angeordnet, der in der Zeit in der Öffentlichkeit erhobenen Klagen der Gasversorgung zugrunde liegt. Die dieser Nachprüfung liegen nunmehr vor. Was die Beschaffenheit des Gases anlangt, so leitet die von der Provinzialverwaltung gegründete Ferngas-Niedererschlesien am 15. September das Gas aus den Kokeren der Bergbau A.G. in Waldenburg an die von der Provinzialverwaltung im Riesengebirge. Das Gas entspricht den den Verträgen der Gas- und Wassermänner und den den Verträgen der Bergbau A.G. und der A.G. Köln geschlossen. Das Gas von der gleichen Zusammensetzung und dem Heizwert wird in Stadt und Kreis Waldenburg und den Hirschberg und Schweidnitz durch die Gaszentrale Niedererschlesien mehr als 10 Jahren geliefert. An Heizkraft kommt dem Gas von zahlreichen großen und größten Gasanstalten gleich und hat den Verträgen entsprechend einen Heizwert von etwa 4500 Wärmeinheiten. Die vertragsmäßige Beschaffenheit des Gases wird ständig überwacht. Es zeigt sich gleichwohl bei Umstellung der Belieferung in einzelnen Haushalten Schwierigkeiten ergeben haben, kann der Ursache sein, dass die einzelnen Haushalte auf die veränderten Druckverhältnisse nicht eingestellt sind. Hierdurch kann sehr wohl ein Mehrerbrand eintritt. Sowie dies vorliegt, kann dem Uebelstand durch die Einstellung des Brenners umschwer abgeholfen werden. Dies ist wohl ein Irrtum. Abgeholfen kann auf diese Weise den schlechtesten Verhältnissen, nicht dem durch die Beschaffenheit bedingten Mehrerbrand werden. Eine Prüfung dieses Punktes im einzelnen ist der provinziellen Gasgesellschaft nicht möglich, da ihr die Verteilung des Gases in einzelnen Verbrauchern nicht obliegt. Es mag im einzelnen das im Kreis Hirschberg gelieferte Gas früher Heizkraft hatte; bekanntlich ist das in den kleineren Gasanstalten erzeugte Gas anders zusammengesetzt als das aus den großen Gasanstalten stammende Gas. In den kleineren Gasanstalten alle Nebenprodukte, einschließlich des Ferngases, die bei Verbrennung als Gas nur höchst ungenügend ausgenutzt werden, viel vollständiger aus dem Gas abgehoben.

Die Hirschberger sind natürlich mit diesen Feststellungen unzufrieden und der bürgerliche „Bote aus dem Riesengebirge“ ruft bereits zu einem eventuellen Streik der Gasverbraucher auf. Außerdem fordert er von den verantwortlichen Hirschberger Ratsmitgliedern über die Sicherungen, die man durch Vertragsabschluss bezüglich der Relation von Preis und Qualität geschaffen habe.

Erzürtes wird auch wohl der Angelpunkt dieses Problems bekanntlich hat die Stadt Hirschberg seinerzeit ihren sehr hohen, aber abgelaufenen Vertrag mit der der Ruhrgas-Produzenten Köln Gas A.G. zu Liebe einiger Zugeständnisse der Gesellschaft sehr plötzlich auf lange Zeit hinaus erneuert. Vertragserneuerung spielte dann später eine große Rolle in den Verhandlungen im Landeshause und führte mit zu dem Abschluss der Ferngasgesellschaft, nachdem für das Hirschberger Gas — auch die anderen Gemeinden hatten sich diesbezüglich geäußert — die Verteilung nicht etwa durch die Kommunale Gasgesellschaft, sondern durch die Köln A.G. vor sich geht. Zwischen dem Gewinn dieser Gesellschaft waren dabei schon einkalkuliert; selbst für angelegte Reparaturen, die Vergrößerung der Verbrauchungen in dem ältesten Gaswerk gemacht werden mussten, bekam die Köln A.G. eine entsprechende Entschädigung. Im übrigen schien alles in Ordnung zu sein. Interessant der Verbraucher, für die der Provinzialverband in erster Linie einzutreten hat, gesteuert. Zahlreiche Klagen, die von uns und den Sozialdemokraten geltend gemacht wurden, widerlegte man damals mit dem ständigen Hinweis auf die Notwendigkeit des Gasabzuges für das Waldenburger Revier, die Notwendigkeit dem technischen Fortschritt, der die Verteilung von Ferngas liegen soll, Rechnung tragen zu lassen.

Es ist ein wenig zu vergessen: man hat nicht vergessen, daß in den Gemeinden des Hirschberger Tales in demselben Maße von Heizkraft und Ferngas geliefert werden müsse wie in den anderen Gemeinden, die sich in den fraglichen Abhängigkeiten dieser Gemeinden nur geschrieben, daß die Köln A.G. das Gas zu liefern hat. Normales Gas liefert sie, denn der Normal-Heizwert der derzeit zugrunde gelegte hier sogar überhöht. Da der Gasanstaltsgaswert früher in Hirschberg um rund 300 Wärme- Einheiten höher war, ergeben sich nicht nur Beschwerden, die durch die Kosten der Koker bedingt sind, sondern die betrübliche Tatsache, daß die Hirschberger eben faktisch etwa 10 % mehr verbrauchen als die anderen Gemeinden. Zu ändern wird daran nichts mehr sein, es sei denn, daß man die verantwortlichen Personen in der Provinzialverwaltung alle im Besitz ihrer geistigen Kräfte unter- zuziehlich bei Hirschberg liegt die Schuld allerdings nicht. Auch die Provinzialverwaltung hätte sich die Verteilung der Verträge Klärung darüber verschaffen lassen, ob der ausbelebende Heizwert identisch ist mit dem Heizwert in den zu beliefernden Orten bzw. ob die Kosten im Verhältnis zur Heizwertverminderung gestellt

werden. Sie hätte dann im Interesse der angeschlossenen Kommunen sicherlich eine entsprechende Sicherungsklausel mit der Köln A.G. durchgebrückt.

## Die Oderschiffahrt im November

Der Monat November stand im Zeichen des Hochwassers; die Ende Oktober eingetretene außergewöhnliche Hochwasserwelle zog sich bis über Novemberritte hin, sodass die Schiffahrt, die in den Bauraumsbezirken Oppeln und Brieg seit dem 29. Oktober und im Bezirk Breslau und unterhalb seit dem 31. Oktober infolge Uebersteitens des höchsten schiffbaren Wasserstandes gesperrt war, auf der oberen Oder am 10., auf der mittleren Oder zum Teil erst am 15. und auf der unteren Oder sogar erst am 20. November freigegeben werden konnte.

Am 22. November trat durch das Steigen der Elbe Neisse eine neue Hochwasserwelle ein. Im Bauraumsbezirk Brieg mußte die Schiffahrt nochmals vom 25. bis 28. November unterbrochen werden; auch im Bezirk Steinau wurde die Bergschiffahrt an einem Tage eingestellt.

Der Verkehrstand in Cöselhafen ist von 423 am Monatsanfang auf 294 am Monatsende gesunken.

Der Durchgangsverkehr der Schleuse Ranzern ergibt für November folgendes Bild:  
Zu Berg (Richtung Cösel): 173 beladene, 189 leere, zusammen 362 Rähne (Vormonat 743).  
Zu Tal (Richtung Fürstberg): 464 beladene, 24 leere, zusammen 488 Rähne (Vormonat 632).

## Familie durch Leuchtgas vergiftet

Als der Sohn des Eisenbahnassistenten Folke in Guhrau frühmorgens aus seinem im Oberhof gelegenen Schlafzimmer in das Vaterregiment kam, fand er seine Eltern und seine drei Schwestern bestattunglos in der gasgefüllten Schlafkammer auf. Der Vater erholte sich bald. Von den vier übrigen Familienmitgliedern war bei der 10-jährigen Tochter Charlotte die Vergiftung bereits soweit vorgeschritten, daß das Mädchen im Krankenhaus verstarb. Die jährige Herta Folke ringt noch immer mit dem Tode, und auch der Zustand der Ehefrau und einer 14-jährigen Tochter ist noch ernst. Das Unglück ist auf den Brand eines Gasleitungsrohrs infolge von Kanalarbeiten zurückzuführen.

## Nebel und Raureif im Gebirge

Vom Observatorium Krietera wird über die Wetterlage im Gebirge gemeldet: Nur im östlichen Riesengebirge (z. B. Bräunberg) sind vorgestern noch vereinzelte geringe Schneefälle niedergegangen. Sonst herrscht in den schlesischen Bergen neblig-trübe Witterung, wobei es vielfach zu Raureifbildung kommt. Die Sportverhältnisse haben sich wenig geändert, auf dem Ramm und an den Nordhängen ist das Gelände für Ski und Rodel noch ungeeignet. An den Südhängen, vorwiegend im Waldgebiet, sind noch größere zusammenhängende Schneereise (Oktoberschnee) von 1/2 bis 3/4 Meter Höhe vorhanden, die eine 10 bis 15 Zentimeter starke Pulverschneeschicht tragen, jedoch dort — z. B. südlich der Reisträgerberge — gute Ski-möglichkeit besteht. Auch im Elber Bergland besteht in den höchsten Lagen (Grunwald und Schneeburg) bei 10 bis 15 Zentimeter Schneehöhe Sportmöglichkeit für Ski.

## Die Aufteilung des Kreises Striegau

Die angelegte von maßgeblichen Regierungsstellen bereits vorbereitet ist, hat in und um Striegau lebhafteste Beunruhigung und eine Anzahl von Protestkundgebungen hervorgerufen. Mit Veranlassung wurde dieser Sturm Striegauer Vaterlandsliebe, durch eine in der „Mittel-schlesischen Zeitung“ erschienene Notiz, nach der ein ihr bekannter Gewährsmann im Landesfinanzamt in Breslau den Entwurf einer Landkarte der Provinz Nieder-schlesien einzusehen in der Lage war, aus dem eine neue Ein-teilung der Kreise und natürlich auch des Kreises Striegau hervorgegangen sei. Der Präsident des Landesfinanzamtes bemerkt dazu in einem Schreiben an die Presse, daß er mit der Frage einer Neueinteilung der Kreise der Provinz Nieder-schlesien nicht befaßt worden ist und daß ihm auch der Entwurf einer Landkarte, die eine derartige Neueinteilung vorstellt, gänzlich unbekannt ist.

## Damens ist 10000 frank

Er kann vor Gericht nicht erscheinen  
Donnerstag vormittag sollte sich vor dem Liegnitzer Schöffengericht der bekannte Landvolkführer Hamkens aus Ledenbüll in Hoftein wegen Anreizung zum Steuerhinterhalt verantworten. Da der Angeklagte wegen angeblicher Krankheit nicht erschienen war, mußte das Gericht den Prozeß, zu dem eine große Anzahl von Zeugen aus den Kreisen Liegnitz, Bolkow und Hirschberg aufbehalten waren, vertagen. — Merkwürdig, wie schlecht der Gesundheitszustand nationaler Führer beschaffen ist, sobald sie sich vor Gericht verantworten sollen.

## Flugzeugabsturz bei Habishau

Der Pilot schwer verletzt  
Am Mittwochnachmittag gegen 15 Uhr stürzte im dichten Nebel bei einem Landungsversuch das Zweisitzerflugzeug D 50 bei Habishau ab. Kohrt ist tief in die Erde und wurde schwer verletzt. Der Führer Gottwald aus Breslau erlitt schwere Beinverletzungen. Das Flugzeug war seit einigen Tagen in Hirschberg bei einer Flugzeugfabrik im Hotel „Drei Berge“ an-gestellt.

## Der Schlesiische Sejm eröffnet

### Antrag auf Haftentlassung Korjantys

Die Eröffnungssitzung des neu gewählten Schlesiischen Sejms verlief ohne wesentliche Zwischenfälle. Der Wojewode hielt heftig und teilweise unverkündet eine reichlich deha-gogische Rede, in der er vermeinte betonen zu können, daß der Reichsterror jenseitigen als Normalfall wahlpolitischer Erregung zu betrachten sei. Natürlich spielte auch die Grenzrevision-s-kommission, die angeblich von der Minderheit genützt würde, eine Rolle in dieser Ansprache, die darin gipfelte, daß die Be-

hörden der Wojewodschaft alles getan hätten, was ihnen zum Schutz der Minderheit obliegt. Glauben hat Herr Korjantys mit dieser Rede wohl nur auf den Werten der Regierungspartei gefunden.

Die Abgeordneten waren alle anwesend; nur Korjantys Platz war leer und demonstrativ mit einem Blumenstrauß besetzt. Ein Antrag auf Haftentlassung Korjantys, der vor-ausschließlich eine sehr lebhaft Debatte hervorgerufen wird, soll in der nächsten noch für diese Woche angelegten Sitzung behandelt werden.

Hirschberg. Schlechte Saison. Erhebungen in 25 Riesengebirgs-Sommerfrühen-Orten haben für die Sommerfraktion 1930 einen Beluherrückgang von rund 12 Prozent ergeben. Dieser ist auf das ungünstige Wetter, die allgemeine Wirtschaftslage und auf die Abwanderung über die Grenze zurückzuführen.

Hindenburg. Vom Schlichter der Arbeit. Der eine elektrische Pumpe revidierende Zimmerhauer Strzelitz kam in den Ritzschächten mit dem elektrischen Strom in Berührung und wurde getötet.

## Aus der Umgebung

### „Lumpen, Strolche, Verbrecher...“

Gemeindevorsteher Gimmler-Borne ist schlecht gelaunt  
Wir haben uns an dieser Stelle bereits mit dem eigen-artigen Verhalten des Gemeindevorstehers Gimmler in Borne, Kreis Neumarkt, beschäftigt. Wie neuerdings festzustellen ist, hat Herr Gimmler offenbar nicht die Absicht, seine Methoden und Umgangsformen zu ändern. So bezeichnet er die Gemeindevorsteher, als sie am 3. Dezember anders abstimmen, wie es Herr Gimmler genehm war, als „Lumpen“, und die Aus-gesteuerten, die nach diesem Beschluß Unterstützung be-kommen sollen, mit „Lumpen, Strolchen, Verbrechern und Bagabunden...“ Das diesbezügliche Schreiben des Wohlfahrts-amtes hat er wohlweislich der Gemeindevertretung nicht zur Kenntnis gebracht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das merk-würdige Schicksal des Gemeindevorstehers. Als nämlich Herr Gimmler in dem Befreiungsprozess im Mai verurteilt wurde, im Gemeindefaßten zu widerrufen, verfiel er dem Kasten. Angeblich wurde er gefoltert. Später tauchte dann ein neuer Kasten auf, der sich aber bei näherer Beschäftigung als der alte mit Farbe zu neuer Pracht erweiterte Kasten entpuppte.

Wir empfehlen den beschimpften Arbeitslosen, sich diese niederträchtigen Gemeindefaßten nicht gefallen zu lassen, sondern sofort Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landrat einzulegen.

## Warnung vor schwindelhafter Kriegs-hinterbliebenen-Fürsorge

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegs-teilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Obernig, wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit macht sich als Ortsgruppenleiter einer sonst ziemlich unbekanntem Liga der Frontkämpfer ein gewisser Erwin Teichmann bemerkbar, der seine Tätigkeit auch auf die Betreuung von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen aus-dehnt, überdies sogar vor kurzem eine Gefallenenerziehung unter Aufsicht der hiesigen Geistlichen veranstaltete. Dieser Herr war zwar im Kriege eingetruht, hat aber unseres Wissens den größten Teil seiner Dienstzeit bei einer Bäckerkolonie verbracht, hat vor allem auch sein Auge nicht im Kriege verloren, sondern bei einem ehelichen Streite eingebüßt. Teichmann ist aber auch, abgesehen von seiner recht umstrittenen Eigenschaft als Kriegs-beschädigter, gekünstlich nicht übermäßig gut beleumdet, jedoch wir alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen warnen, sich näher mit ihm und seiner Frontliga zu befassen.

## Die Maul- und Klauenfeuche

ist in den Gemeinden Oberwisch, Kriptaun und Alt-Schlesia erloschen. Erntet ausgebrochen ist die Seuche in der Gemeinde Kretka.

Schönborn. Schwere Autounfälle. Vor der Kreuzung Bohrauer Chaussee-Schönborn ist der Lastwagen einer Brennspiritus-Niederlage auf bisher unbekannte Art und Weise in den Chausseeegraben gestürzt. Das schwere Gefährt des Wagens ragt hoch aus dem Graben hervor. Menschenleben sind glücklicher-weise nicht zu Schaden gekommen. Der Unfall scheint auf die schlüpfrige Beschaffenheit der Straße zurückzuführen zu sein.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretestr. 11, Gornow (Neubau) Zimmer 170-174  
Telephon 5006, 5901  
Gründet am 1. 11. 1918

### Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt

für den Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt finden jeden Freitag nachmittag von 4 bis 7 Uhr statt.  
Herrmannsdorf. Freitag, den 12. Dezember, 20 Uhr, bei Gasse. Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fritsch.  
Neumarkt. Am 12. Dezember findet hier vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gelben Löwen“ eine öffentliche Erwerbslosenver-sammlung für die Landbesitzer statt. Erwerbshilfe aus dem Kreise Neumarkt erscheint recht zahlreich. Redner ist Partei-sekretär Schiffer.  
Brosch-Weide. Freitag, den 12. Dezember, 20 Uhr, Mit-gliederversammlung bei Schneider. Redner: Genosse Apfelmacher.  
Kobrowitz. Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr, bei Stöbe Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.  
Straschwitz. Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr, bei Barth Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Böbling.  
Katern. Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr, bei Ulls Mitgliederversammlung. Redner wird noch bekannt-gegeben.  
Witzgen. Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr, Mit-glieder-Berjammlung. Redner: A. Krole.  
Ranzern. Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr bei Seidel Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Lachs.  
Kath. Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr, bei Seidel Mitgliederversammlung.

Tausende Aerzte gebrauchen Traumaplast  
den besten Wundverband. Zu haben in Apotheken und Pac von 20 bis 30 Pfund







## Ausgrabungen! Ausgrabungen!

### Die Schätze der „Straße des Ueberflusses“ in Pompeji — Die Funde in Herculaneum Mussolini sucht Beziehungen zu den alten Römern — Das Leben vertrieben, um ein Museum zu errichten

Sie haben sie wieder in Pompeji, in dem unerforschlichen Meer vor 2000 Jahren vom Vesuv zerstörten Stadt, neue Schätze gefunden. Richtige Schätze an Gold- und Silbergegenständen von unermesslichem Wert... Wer glaubt, diese Stadt sei völlig ausgegraben und zeige, sorgsam in Lavaasche aufbewahrt, ganz das Bild antiken Lebens — wer das glaubt, hat zwar beim ersten Anblick, irrt sich aber über den Umfang der Ausgrabungen, gehen von Jahr zu Jahr unter der Leitung des Professors Majuri weiter. Fast von Tag zu Tag findet man neue Dinge.

Die Via del'Abundanza, deren Ende dieser Tage freigelegt ist, ist wirklich, dem Sinn ihres Namens getreu, eine Straße des Ueberflusses. Reiche Leute hatten hier ihre Häuser und Villen. Herrliche Dinge wurden gefunden. So enthielt man in dem Hause Nr. 4 eine mehrfarbige Apollostatue eines Säulenvorhofs, der gleichfalls mit seinen farbenprächtigen Wandgemälden aufs wunderbarste erhalten ist. Im Hause fand man einen unerhört großen Schatz an Gold und Silber. In einem verfallenen Holzkasten war eine goldene und silberne Tafelgeräte wurden in der Küche gefunden; manche der Stücke sind nicht nur von großem materiellem Wert, sondern auch handwerklich von erstem Rang. In der Zeit in Boscoreal gefundenen Gegenstände, die jetzt im Palazzo aufbewahrt sind, verblissen hinter diesen neuen Funden.

Und nahebei, unter der Oberfläche der Neapler Vorstadt führen sie jetzt die Ausgrabungsarbeiten des alten Herculaneum bis zu Ende. Herculaneum war von gleicher Katastrophe wie Pompeji betroffen worden. Herculaneum gestaltete sich aber die Ausgrabungsarbeiten viel leichter. Eine volkreiche Stadt überlagert das verschüttete Gelände. Aber trotz aller Schwierigkeiten sind jetzt doch schon Straßenzüge der antiken Stadt mit schönartigen Villen, Gärten und Theatern freigelegt worden. Jedes kann man schon sagen, daß die Ausbeute kaum so reich sein dürfte wie in Pompeji.

Auch in Rom wird unentwegt weitergegraben. Hierbei allerdings der Drang des faschistischen Italien, sein Schicksal im Glanz des antiken Roms zu spiegeln, und dessen Mission, als ob nicht zwei Jahrtausende inzwischen verstrichen die ganze Welt gründlichst umgewandelt wäre, glorieus fortzuführen — mindestens ebenso stark, wie das wissenschaftliche und literarische Interesse. Die Markthallen des Trajan freigelegt und nun wird weiter an der Freilegung der von dem Capitol und an der Freilegung der Kaiserforen gearbeitet. Viel barockes, schönes Baumerk muß fallen. Ob man wirklich zum Vorteil gereicht, was er hier einreißt? Der große Reiz dieser jetzt vollkommen veränderten und im großen Teil verfallenen Gegend war, daß modernes Leben sich in einem historischen Rahmen abspielen konnte und daß um herum das bunte Leben blühte. Herrliche Säulen und Triumphbögen waren der Hintergrund des Straßenlebens. Die Stadt ist nun alles museumartig geworden. Man hat mitten in der Stadt richtige Museenzone eingeschritten. Die kulturelle Bedeutung der einzelnen Museumsstücke von dem Umfang soll nicht unterschätzt werden. Aber trotz mancher der Blüthe über einzelne Plätze hat der Blick auf diese antiken Zonen durchaus nicht gewonnen. Alles ist kühl, hingestellt, künstlich und — was das Peinlichste ist — theatralisch. Aus dem organisch Gewachsenen, organisch aneinander gewachsenen wurde etwas künstlich Herausgehältes. Es wird zu viel ausgegraben. Ist denn nicht wirklich kühnste, korinthische oder dorische Säule ohne jedes Ziel? Das unglücklichste Beispiel für die Ueberflüssigkeit der Ausgrabungen ist das republikanische Forum an Theaterarena. Man wollte eine verbreiterte Verkehrsader für die Kom schaffen und man bewahrte, wie in einem riesigen Bergtag ein paar Säulen auf, die man schon hundertfach gesehen und die an der Stelle, an der sie stehen, geradezu grotesk überflüssig sind.

### Majuri-M.d.R. als Straßenheber

Fabricius wurde auf freier Tat erwischt — In einer Geldstrafe verurteilt

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius, der bei den Nazitrawallen am Dienstagabend im Westen Berlins festgenommen worden war, wurde vom Berliner Schnellrichter wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu 30 Mark und wegen Beamtenverleumdung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat und drei Tage Gefängnis beantragt. Gegen das Urteil des Gerichts legte die Staatsanwaltschaft sofort Berufung ein.

Der Angeklagte ist jener famose Herr Fabricius, der sich durch mancherlei frühe Affären einen wahrhaft berühmten Namen gemacht hat. Es erhebt sich allerdings vor Gericht ein neuer Reiz, der bereit ist, für seine Tat einzustehen. Er ist ein dünlicher Herr mit riesiger Intellektuellen- und einem verframpften, iphigen Gesicht, der in be-

mit leiser belegter Stimme seine Personalien angibt — er ist noch nicht vorbestraft — scheint sehr zart belästigt zu sein; er sagt, daß ihm die letzte schlaflose Nacht, die er auf der Polizei zubringen mußte, so zerrütet habe, daß er befürchte, der Verhandlung nicht gewachsen zu sein. Auch ist der tapfere Nazi vorzüglich genug, sich in seiner Sache zwei Verteidiger, den aus dem Röntgentaler Prosech unliebsam bekannten Rechtsanwalt Beder und den Naziabgeordneten Frank II, München, zu bestellen. Natürlich ist Herr Fabricius die Unschuld selbst. Es ist ihm ganz unverständlich, wie man ihn in Haft genommen hat. Angeblich ist er ganz höflich an den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, herantreten und hat ihm um eine Auskunft gefragt. Heimannsberg habe ihn grob abgewiesen, worauf er nochmals an ihn herantreten sei. Darauf sei er verhaftet worden. Polizeioberst Heimannsberg bestätigt als Zeuge unter seinem Eid, daß ihn Fabricius anhaltend gestört und belästigt habe. Der mehrfachen Aufforderung, weiter zu gehen, und keine Zusammenrottung zu veranlassen, habe Fabricius demonstrativ keine Folge geleistet. Rechtsanwalt Frank II, der recht provokatorisch auftritt, fragt Heimannsberg, warum er nicht auf den Reichstagsausweis des Abgeordneten Rücksicht genommen habe. Heimannsberg erwidert sehr richtig, daß es seine Aufgabe gewesen wäre, für Ordnung zu sorgen und gegen alle die Leute vorzugehen, die es darauf angelegt hätten, sie zu töten und den polizeilichen Anordnungen Widerstand zu leisten. Polizeimajor Heinrich, der gehört hat, wie Fabricius auf den Polizeikommandeur schimpfte, bestätigt die Aussagen des ersten Zeugen. Er bekundet, daß Fabricius auf dem Polizeirevier zu einem Schutzbeamten, der gesagt habe, er könne beschwören, daß Fabricius die polizeilichen Anordnungen nicht befolgt habe, in ironischem Tonfall bemerkte: „Na, Sie beschwören ja alles!“ Sehr lustig ist es, wie nachher Rechtsanwalt Frank II diese unglaublich freche Bemerkung des Nazikollegen damit zu bagatelisieren sucht, daß Fabricius mit dieser Äußerung nur von keinem Recht Gebrauch gemacht habe, Zeugen vor eventuellen Fallschüssen zu bewahren. Während geradezu, wie besorgt doch Nationalsozialisten um ihre lieben Mitmenschen sind! Nachdem der Staatsanwalt in seinem kurzen Plädoyer die Schuld des kneifenden Nazi-Abgeordneten festgestellt und seinen Strafantrag formuliert hatte, haben die beiden Verteidiger in sehr beweglichen Worten um die Freisprechung ihres engelsreinen Klienten. Nach einer Beratung von etwa zwanzig Minuten fällt dann der Schnellrichter das sehr milde Urteil auf insgesamt 180 Mark Geldstrafe. Fabricius wurde aus der Haft entlassen. Er beabsichtigt, ebenfalls gegen das Urteil Berufung einzulegen.

### Der „rechtsorientierte Arbeiter“

Die Demonstrationen am Rollendorfsplatz gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ hatten gestern ihr erstes Nachspiel vor dem Schnellgericht. Unter der Anklage der tätlichen Beleidigung stand der 23jährige Arbeiter Redoch, der sich auf die Frage des Vorsitzenden als politisch rechtsorientiert, aber nicht der NSDAP, angehörig bezeichnete. Redoch hatte am dem Abend des 8. Dezembers, als die Polizei mit dem Gummirollen die Demonstranten am Rollendorfsplatz vor dem Mozartsaal auseinandertrieb, einen Schuppolizisten ins Gesicht geschlagen und war deshalb festgenommen worden. Nach anfänglichen Leugnen gab Redoch die Straftat zu. Da er bisher noch unbestraft war, wurde auf eine Geldstrafe von 50 Mark, ersatzweise fünf Tage Gefängnis, erkannt.

### Riesige Unterschlagungen in einer bayerischen Elektrizitätsgesellschaft

Bei der Bayerischen Elektrizitätsgesellschaft wurden vor einigen Wochen große Unterschlagungen aufgedeckt, die zur fruchtlosen Entlassung des langjährigen Direktors und einiger Abteilungsleiter führten. Der eine Abteilungsleiter Beneish hat sich gestern nachmittag 1/2 Uhr in Bayreuth in den hiesigen Kellern erschossen. Er war für nachmittag, da die Staatsanwaltschaft bereits die Sache in die Hand genommen hatte, zum Untersuchungsrichter geladen worden. Der technische Direktor Laparte wurde am Dienstag früh ebenfalls fristlos entlassen und gestern durch die Staatsanwaltschaft verhaftet. Wie verlautet, sollen die Unterschlagungen sich auf etwa 100 000 bis 150 000 Mark belaufen.

### Liebesdrama

Eine fürchterliche Liebestragödie spielte sich in Obersdorf (Thüringen) ab. Ein 19 jähriges altes Mädchen wurde von seinem um drei Jahre jüngeren Geliebten, einem Lehrling, in einen Teich gestochen und ertrank. Das Mädchen erwartete ein Kind, dessen Vater der 16jährige Lehrling war. Der Mörder, der verhaftet wurde, nahm sich nach seiner Einlieferung in das Ortsgefängnis durch Erhängen das Leben.

### Lewines neue Pläne

Der in Wien unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftete, aber wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassene Ozeanflieger Lewine plant einen Alleinflug um die Welt, zu dem er nur etwa 15 Tage zu brauchen gedenkt. Die Maschine soll mit einem sogenannten „automatischen Mechaniker“ ausgerüstet sein. Es handelt sich hier um eine komplizierte Maschine, die angeblich unter allen Umständen das Flugzeug in der gleichen Fahrtrichtung und auf der gleichen Höhe zu halten vermag, ohne daß sich der Pilot weiter um die Steuerung zu kümmern braucht.

### 110 Rebeltote

Die Zahl der dem Giftnebel des Maastales zum Opfer gefallenen Menschen hat sich auf etwa 110 Tote vermehrt. Ob schon noch immer die eigentliche Ursache der fürchterlichen Katastrophe nicht bekannt ist, vertreten alle amtlichen Stellen die Theorie, daß es sich bei dem Todeschaden um Abgase industrieller Werke handelt, die sich durch plötzliche Abkühlung wieder zu Boden senkten und sich infolge der Vermischung mit Nebel nicht auflösen konnten.

### Schaljapin verklagt Sowjetrussland

In Paris begann der Prozeß des berühmten russischen Sängers Schaljapin gegen den durch die Pariser Bolschewisten vertretenen Sowjetstaat. Schaljapin klagt um zwei Millionen Francs Schadenersatz, weil der offizielle Sowjetrussland „Rebels“ sein vorläufig nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Liedbuch gegen seinen Willen in einer Auflage von 60 000 Exemplaren herausgegeben habe. Schaljapin sieht in dieser Herausgabe einer seiner schweren Verletzungen des Autorsrechts eine schwere finanzielle und moralische Schädigung.

## Ein Vierteljahrhundert unschuldig im Zuchthaus

Ein aufsehenerregendes Wiederaufnahmeverfahren beschäftigt augenblicklich das Landgericht in Detmold. Für den jetzt hiesig-jährigen Schlächter Kruse, der im Jahre 1883 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt wurde, ist im Auftrage des Lippeischen Volksgerichtsrates das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet worden. Der damals dreißigjährige Kruse wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, weil er seine Mutter mit Arsenit vergiftet haben sollte. Die Leichenschau ergab, daß die Frau tatsächlich durch Arsenit gestorben war. Kruse gab zu, Arsenit als Vertilgungsmittel gegen Ratten gekauft zu haben, bestritt jedoch die ihm zur Last gelegte Tat, da er keinen Anlaß gehabt hätte, seiner Mutter etwas Böses anzutun. Diese müsse aus Versehen von den mit Arsenit vergifteten Speisen gegessen haben. Dementgegen beschworen zwei Zeugen, daß Kruse in ihrer Gegenwart häufig Drohungen gegen seine Mutter ausgesprochen und wiederholt erklärt habe, er würde sie erschlagen oder vergiften. Obwohl die beiden Hauptbelastungszeugen einen überaus schlechten Leumund hatten, glaubte ihnen das Schwurgericht und verurteilte Kruse zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Alle seine Versuche, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, schlugen fehl. Schon im Jahre 1886 hatte einer der Belastungszeugen, der inzwischen gestorben ist, zugegeben, er habe Kruse aus Rache zu Unrecht beschuldigt. Nach fünfundsiebzigjähriger Zuchthaushaft wurde Kruse begnadigt. Über er ist jetzt, 47 Jahre nach der Verurteilung, gelang es seinem Anwalt, festzustellen, daß der zweite Belastungszeuge, der nach Amerika ausgewandert war, wenige Stunden vor seinem Tode einem amerikanischen Notar zu Protokoll erklärt hätte, auch er habe, von dem anderen Belastungszeugen veranlaßt, Kruse falsch beschuldigt und könne nicht herken. Bevor er sein Unrecht gutgemacht habe. Nunmehr soll der amerikanische Notar durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes vernommen und dem Kruse, der sich nach seiner Entlassung verheiratet hat und Vater zweier Kinder geworden ist, seine Ehre wiedergegeben werden.

### Frenzel frei

Der frühere Amtsvorsteher Frenzel, der auch in der Berufungsverhandlung wegen der ihm zur Last gelegten Blutschandbeschuldigung zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt worden ist, ist am Mittwoch mittag um 1/2 12 Uhr aus dem Potsdamer Gerichtsgefängnis entlassen worden. Es ist der Verteidigung gelungen, die geforderte Kautionssumme von 10 000 Mark zusammenzubringen.

### Die Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise

Die Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise an den früheren Staatssekretär Kellogg und Erzbischof Soederblom fand gestern mittag in Oslo im Nobel-Institut statt. Premierminister Mowinkel hob in einer Ansprache die Verdienste Kelloggs und Erzbischofs Soederblom hervor. Kellogg betonte in seiner Dankrede, er habe das Vertrauen zu der Menschheit, daß alle Schwierigkeiten mit friedlichen Mitteln gelöst werden würden. Die Hauptsache sei, die Menschen darüber aufzuklären, daß es bessere Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten gebe als das Mittel des Krieges. Erzbischof Soederblom betonte in seiner Rede, er habe die Empfindung, daß der Friedenspreis ihm als dem Vertreter der ökonomischen Bewegung für die größere Einigkeit der christlichen Kirchen verliehen worden sei und widmet dem Andenken Alfred Nobels herzliche Worte.

### Das Alte will stürzen

In Tours, wo vor zwei Jahren der historische, aus dem 9. Jahrhundert stammende Turm Karls des Großen eingestürzt ist, droht jetzt auch der Kathedrale höchste Gefahr. Durch den starken Verkehr sind ihre Fundamente, die noch von den alten Römern erbaut waren, so stark erschüttert worden, daß, um eine Katastrophe zu vermeiden, die umliegenden Straßen für den Lastwagenverkehr gesperrt werden mußten.

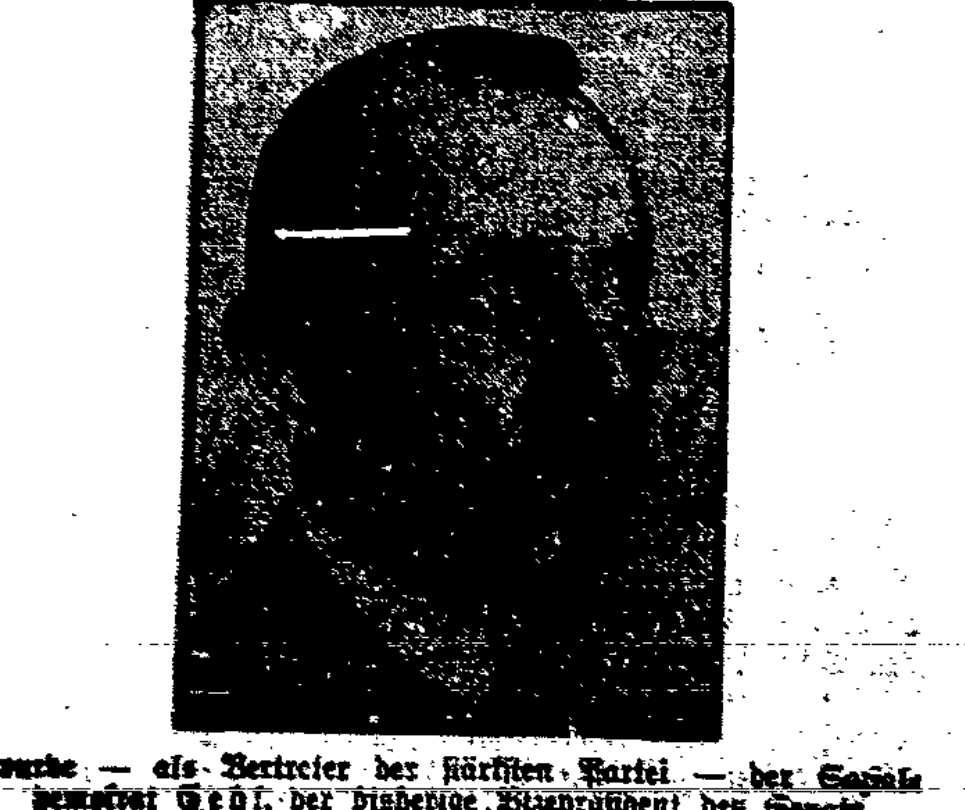
### Sie sagen es durch Male

Eine merkwürdige Art des Protestes fanden Londoner Studenten auf einer von der britischen Vereinigung zur Abschaffung der Vivisektion einberufenen Versammlung, in der gegen Giftgasexperimente an Tieren polemisiert werden sollte. Die Studenten, offenbar sämtlich Anhänger der Vivisektion, vergnügten sich damit, daß sie im Saal Stinkbomben und lebende Male aussetzten. Als die Polizei erschien, zog man unter gemeinsamem Gesang ab.

### Amerika führt ein neues Mittel zur Denaturierung des Alkohols ein

Die New Yorker Behörden geben die baldige Einführung eines neu erfundenen ungiftigen Denaturierungsmittels an Stelle der bisher zur Unentzerrung des Alkohols benutzten Giftstoffe bekannt, die so viele Erblindungs- und Todesfälle zur Folge hatten. Das aus Kohöl gewonnene neue Mittel kann nach Vermischung dem Alkohol nicht mehr entzogen werden und soll im Geschmack einer Mischung von Gajolin und Chloroform gleichkommen.

### Zum Präsidenten des Danziger Volkstages gewählt



Waren seine Unschuld beweist und einen günstigen Eindruck macht. Herr Fabricius, der

— als Vertreter der kürzesten Partei — der Sozialdemokratischen Partei, der bisherige Vorsitzende des Gewerkschafts...



## Die Arbeitslosennot Nicht Panikmache, sondern Hilfe!

Die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern, die die Reichsanstalt soeben veröffentlicht, geben folgendes Bild: Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000 und in der Krisenfürsorge rund 568 000 Hauptunterstützte gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme von rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die neuen Zahlen in der Krisenfürsorge sind wegen den eingetretenen Änderungen der gesetzlichen Vorschriften mit den alten Ziffern nicht voll vergleichbar. Von den Arbeitslosen, die am 30. November auf den Arbeitsämtern verzeichnet waren, sind etwa 3 762 000 als arbeitslos zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 Prozent mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 2 101 000, die damalige Zunahme in der zweiten Novemberhälfte betrug fast 262 000 oder 14,2 Prozent; sie war sowohl absolut wie im Verhältnis erheblich höher als in diesem Jahr. Ein nicht genau abzugrenzender Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtsberechtigten. Die Gesamtzahl, insbesondere die verhältnismäßig geringfügige Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um 2,3 v. H., könnte die Vermutung nahelegen, daß ein Stillstand in der Verschlechterung der Lage eingetreten sei; bestimmte Schlussfolgerungen in dieser Hinsicht wären jedoch verfrüht.

In den einzelnen Berufsgruppen hat der Arbeitsmarkt eine vorübergehende, in der Hauptsache jahreszeitlich bedingte Stützung erfahren; in wichtigen Großindustrien steigt jedoch der Beschäftigungsgrad eher zu weiterer Verschlechterung. In der Arbeitsmarktlage des Bergbaus hat die Verschlechterung nicht mehr das Ausmaß der vorigen Berichtszeiten erreicht. Im Arbeitsmarkt des Sangewerbes wie besonders der Baustoffindustrie ist die zu erwartende weitere Verschlechterung eingetreten. Ein Rückgang der Beschäftigung in der Metallverarbeitung und im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist fast überall zu verzeichnen. Das gleiche gilt für die Bekleidungsindustrie, auch für das Spinnstoffgewerbe. In der Zigaretten-, Zigaretten- und Kanaktabakfabrikation hielt die harte Bedingung weiter an; der bevorstehende Rückgang kündigt sich jedoch bereits in zahlreichen Stilllegungsanträgen an. Das Bergbau- und Hüttenwesen hat nur in den Sechsten eine Entlastung, in der Rhein- und Ruhrschifffahrt dagegen eine neue Verschlechterung erfahren.

Die neuen amtlichen Arbeitslosenzahlen zeigen, daß die Schwarzarbeiter, die bereits für den 1. Dezember mit 4 Millionen Unterstützten rechneten, falsch prophezeit haben. Anfang Dezember betrug die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrtsunterstützung rund 3 Millionen; auf die Versicherung entfielen 1,8 Millionen, auf die Krisenfürsorge 0,57 und auf die Wohlfahrt 0,7 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt rund 3,4 Millionen. Das entscheidende Charakteristikum der Arbeitslosenzahl liegt in ihrem verlangsamten Tempo im Verhältnis zu den beiden Vorjahren. In der Zeit vom 17. Oktober bis zum 1. Dezember betrug in den beiden Vorjahren die Zunahme je 400 000, während sie dieses Jahr weniger als 200 000 ausmacht. Das Zuwachstempo verlangsamt sich. Die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahr fällt. Man kann damit rechnen, daß bis zum Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit, d. h. bis Ende Februar die Unterstützungsanzahl höchstens bis auf 4 Millionen steigen wird. Diese Zahl hat, so schlimm sie auch sein mag, nichts direkt Bedrohendes an sich; denn finanziell ist die Unterstützung dieser voransichtlichen Höchstzahl gesichert. Auch die Gemeinden können mit Hilfe der ihnen gegebenen neuen Steuerermäßigkeiten die Unterhaltung der Wohlfahrtsberechtigten finanzieren. Die neuen gemeindlichen Belastungen sind gemäß keine schone Sache; allein mit Schimpfen auf unzureichende Dinge läßt man die Notfragen dieses Winters nicht. Das sollte sich jeder gelogt sein lassen, der heute noch das Glück hat, in Arbeit zu sein.

Die finanzielle Euphorie der Arbeitslosenunterstützung ist natürlich kein Anlaß, etwa die Hände in den Schoß zu legen. Ganz im Gegenteil: die drückende Last zwingt gebieterisch, vor allem der praktischen Arbeitslosigkeit, heißt es was es wolle, nun endlich einmal auch mit praktischen Hilfsmitteln Maßnahmen zu ergreifen. Das Kernstück dieser Maßnahmen ist die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitsförderung durch Arbeitszeitverkürzung. Sie steht bereits im Mittelpunkt der jetzt unter der Führung des Reichsarbeitsamtes zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften in Gang befindlichen Verhandlungen. Die Arbeitszeitverkürzung soll im Wege einer teilweisen Verkürzung des beiden Gruppen herbeigeführt werden. Ein positives Ergebnis der Verhandlungen liegt im Augenblick noch nicht vor. Es wäre sehr fraglich, wenn es nicht dazu käme; denn zur Bekämpfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt muß etwas geschehen. Neben der Forderung der Gewerkschaften über das partielle Arbeitsbeschäftigungsprogramm ist in den letzten Wochen viel darüber nachgedacht worden. Nicht mit klugen Worten und hochmütiger Verhöhnung von Schwächlingen, die genau mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten verfahren haben, sondern mit nicht weniger Taten muß vorgegangen werden. Eine solche Tat wäre die Verkürzung der Arbeitszeit. Natürlich ohne alle Rücksicht. Für die bei ja bereits der Lohnverlust empfindlich genug.

### ADBS. gegen Aufhebung des Nachtarbeitsverbots

Eine Sitzung des Bundesverbandes der Arbeiter Deutschlands (ADBS) am 10. Dezember gegen eine Aufhebung des Nachtarbeitsverbots. Man ging dabei von der Auffassung aus, daß die Aufhebung des Verbots zu erheblichen Gefahren für die Arbeiter führen würde. Die Beschlüsse sind: Das Verbot der Nachtarbeit ist zu erhalten. Die Aufhebung des Verbots ist zu verhindern. Die Arbeiter sind zu warnen.

### Das Arbeitslosenelend Amerikas

Die durch die amerikanische Presse laufenden Stimmungsbilder aus den Arbeitsnachweisen zeigen, daß in Amerika das Arbeitslosenelend noch viel schlimmer ist als bei uns, weil es an einer regulären Unterstützung fehlt. „Früher“, so sagen drüben die Arbeitslosen, „konnten wir wenigstens hoffen, wenn wir von Haus zu Haus zogen, einen Dissen Brot und etwas warme Suppe zu erhalten. Aber heute sind der Hungernden zu viel und das Betteln lohnt sich nicht mehr. Viele Verzweifelte erklären, wenn uns der Staat nicht die Möglichkeit gibt zu arbeiten, um uns erhalten zu können, so wollen wir ihm die Möglichkeit geben, uns erhalten zu müssen — im Gefängnis.“

Zu dem äußeren Elend tritt drüben vielfach noch das bittere Gefühl von denen, die vorgeben, helfen zu wollen, betrogen zu werden: denn für jeden Nachweis einer Arbeitsmöglichkeit muß von den armen Teufeln, die kaum noch etwas haben, auch das Letzte hergegeben werden. Und wenn sie dann bei der angebotenen Firma erfahren, daß die Stelle, um die es sich handelte, schon besetzt ist, oder die Angabe falsch war — was sehr häufig vorkommt — so wird ihnen, wenn sie ihre Großen, um die man

## Gescheiterte Verhandlungen

### — im Ruhrbergbau

Essen, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen über die Neueingliederung des Lohn- und Tarifgesetzes im Ruhrbergbau, die am Mittwoch in Essen stattfanden, sind nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Die Unternehmervertreter forderten einen Lohnabbau von 12 Prozent, während die Vertreter der Bergarbeiter-Gewerkschaften einmütig jeden Lohnabbau ablehnten. Zur Begründung ihrer Haltung verwiesen die Unternehmer vor allem auf die Kohlenpreiserhöhung hin, die lästernmäßig 8,8 Prozent ausmache. Diese Preissteigerung in Verbindung mit dem allgemeinen Preisrückgang würde eine Lohnsenkung unbedingt notwendig machen. Im Gegensatz zu dieser Auffassung verwiesen die Gewerkschaftsvertreter darauf, daß die Arbeitslosen im Ruhrbergbau seit April 1928 um 6 Prozent gekürzt seien. Die Spanne zwischen Selbstkosten und Erlösen lasse daher den vorgenommenen Lohnabbau ohne Lohnsenkung ermöglichen. Was die Senkung des Lebenshaltungsniveaus anbelange, so entsprache der Rückgang von circa 5 Prozent im gleichen Zeitraum dem gekürzten Lohnanteil. Vor allem sei zu betonen, daß das durchschnittliche Monatslohn der Bergarbeiter an der Ruhr sich seit März 1928 vermindert habe. Abgesehen von diesen Erwägungen sei die gegenseitige Krisennot nur von der Stärkung der Konjunktur zu beheben.

Da eine Annäherung der Parteien nicht zu erzielen war, wurden die Besprechungen abgebrochen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter werden voraussichtlich am 19. Dezember stattfinden.

Der Schlichterspruch für die rheinisch-westfälischen Straßenbahnen, der eine Lohnsenkung von 6 Prozent ab Januar vorsieht, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt und von den Arbeitgebern angenommen; diese haben Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Die Lohnverhandlungen für die sächsische Metallindustrie, die dieser Tage in Dresden stattfanden, sind gescheitert. Die Arbeitgeber fordern 15 Prozent Lohnabbau. Sie machten den Verhandlungsbeginn sogar von der ausdrücklichen Anerkennung der Notwendigkeit der Lohnsenkung durch die Metallarbeitervertreter abhängig. Daß die Arbeitervertreter das ablehnten, versteht sich von selbst. Die Unternehmer wollen nun den Schlichter anrufen.

Die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau, die am Mittwoch in Essen stattgefunden haben, führten zu keiner Einigung. Der Forderung der Arbeitgeber eine Lohnsenkung um 12 Prozent, die Gewerkschaften lehnten jede Lohnsenkung ab. Der Forderung der Arbeitgeber eine Lohnsenkung um 12 Prozent, die Gewerkschaften lehnten jede Lohnsenkung ab. Der Verhandlungsbeginn wurde von den Arbeitgebern angesetzt, der Schlichter wird voraussichtlich am 19. Dezember stattfinden.

Die Tarifverhandlungen für den ober-schlesischen Bergbau, die von den Parteien in Gleiwitz geführt wurden, sind gescheitert. Verhandelt wurde über die Lohn- und Arbeitszeitfrage. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau von 12 Prozent, die Gewerkschaften lehnen jede Lohnsenkung ab. Die Verhandlungen sind abgebrochen. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen voraussichtlich am 19. Dezember.

### Die Mandate sind die Bergarbeiterlöhne neu geregelt

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Mandat-H.A. über die neuen Mandate, die einen Lohnabbau von 14 Prozent vorsehen. Sei der Vereinbarung dieses neuen Lohnabbaus mühen die ganz besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Ruhrbergbau in Betracht gezogen werden.

Die Neueingliederung der Mandate:

1. Unter der Voraussetzung, daß die Mandate über den 1. Januar 1929 zurückgeführt werden, wird der Gehalt der Mandat-H.A. auf 1,70 Mark ermäßigt. Die übrigen Mandate der Mandat-H.A. werden in dem gleichen prozentualen Umfang wie in der Mandat-H.A. mit 5 Mark ermäßigt. Die Neueingliederung beginnt am 1. Januar 1929.
2. Die Mandate der Mandat-H.A. sind mit den Bestimmungen des Mandat-H.A. verbunden und das Mandat-H.A. ist für die Mandate der Mandat-H.A. in eine besondere Gruppe eingeteilt.

### Stell bei Zelle

Die Mandate der Mandat-H.A. sind mit den Bestimmungen des Mandat-H.A. verbunden und das Mandat-H.A. ist für die Mandate der Mandat-H.A. in eine besondere Gruppe eingeteilt. Man wird lediglich die Mandat-H.A. berücksichtigen.

Die geprellt hat, von dem Nachweis zurückfordern, auch noch der Polizei gedroht. Beschwerden bei der Polizei halten die Teil völlig heruntergelommenen Arbeitslosen für zwecklos. Man sie fragt, warum sie sich nicht mit Hilfe der Polizei Arbeitsnachweisschwindel schützen, erklären sie mit bitteren Lachen: Was? In diesen Kleiderjahren? Glauben Sie, daß man uns überhaupt anhört? — Amerika ist reich, aber Reichen haben für die Armen immer am wenigsten übrig.

### Neuer Sekretär im IGB

Amsterdam, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwoch stattgefundene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählte den von der tschechoslowakischen Landeszentrale geschlagenen Georg Stolz zum Untersekretär. Der im Jahr 1898 geborene Untersekretär gehörte zeitweilig dem tschechoslowakischen Ernährungsministerium an und war seit 1927 literarischer Arbeiter des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes. Der herige Generalsekretär Sassenbach erklärte sich bereit, bis Januar in seiner Funktion zu bleiben.

Beschlossen wurde ferner nach der Bekanntgabe des Entwurfs einer Bergbaukonvention durch das Internationale Arbeitsamt eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes des IGB und der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale zu halten. Die gemeinsame Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des IGB zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird vom 20. bis 22. Januar in Zürich tagen. Im März daran findet am 23. und 24. Januar in Zürich die nächste Vorstandssitzung des IGB statt.

### Amerikas Arbeitsminister für die Fünftagewoche

New York, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Arbeitsminister erklärte sich am Mittwoch in einer offiziellen Äußerung zur Behebung der Arbeitslosigkeit für die Einführung der Fünftagewoche. Er ist bereit, fünfjährige Arbeitswoche zu veranlassen.

### Einstimmige Ablehnung eines Vorschlags des Reichsarbeitsministeriums durch die Betriebsräte der Breslauer Metallindustrie

Die Vertrauensleute der Gewerkschaften und die Betriebsräte der Breslauer Metallindustrie lehnten gestern einen Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums zur Regelung der Arbeits- und Akkordverhältnisse einmütig ab. Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums verlangte eine Vereinbarung, daß Akkordbediente um 7,2 Prozent und die Lohnsätze um 5 Prozent gekürzt werden. Alle anderen fröhlichen Akkordbedienten sollten einem Sonderchiedsgericht zur nochmaligen Entscheidung vorbehalten bleiben. Das Sonderchiedsgericht ist von Parteien innerhalb einer Woche anzurufen.

Nachdem dieser Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums von den Betriebsräten und Vertrauensleuten abgelehnt wurde, erfolgt entweder die Verbindlichkeitsklärung des Spruchs der Breslauer Metallindustrie durch den Reichsarbeitsminister nicht ausgesprochen wird, versuchen die Vertrauensleute die Lohn- und Akkordkürzungen durchzuführen. Sobald solche Situation eintritt, nehmen die Betriebsräte und Vertrauensleute erneut wieder zu der Sache Stellung.

### 5-Uhr-Ladenchluss am Weihnachtsabend

Initiativ-Gesetz des sozialpolitischen Ausschusses. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschloß ein Initiativ-Gesetz über den Ladenabschluss am Weihnachtsabend, das im wesentlichen die sozialdemokratischen Forderungen enthält.

Das nunmehr beschlossene Initiativ-Gesetz besagt, daß die Betriebsräte, auch wenn in ihnen keine Arbeitnehmer vertreten sind, am 24. Dezember nur bis 5 Uhr nachmittags geöffnet dürfen. Für das 30. Ende-Bedienen auswendiger Kunden und Aufnahmearbeiten ist eine halbe Stunde über 5 Uhr zulässig. Die Ausnahme für Lebensmittelgeschäfte kommt in Betracht. Dagegen bleibt das 2. des bisherigen Gesetzes bestehen. Für die Geschäfte wird, auch wenn in ihnen keine Arbeitnehmer beschäftigt sind, der Geschäftsabschluss auf 7 Uhr nachmittags festgelegt. Für das Bedienen der bereits anwesenden Kunden und Aufnahmearbeiten ist eine weitere Stunde zulässig. Soweit es sich um den Reiseverkehr in der Pflege nicht erkrankter Personen handelt, ist die Abreise von den Hotels und Gasthäusern zu erleichtern.

### Anzulängliche Gebührenentlastung bei der Reichspost

Die Reichspost plant die Herabsetzung der Gebühren für Drucksachen von 5 auf 4 Pf., sowie die Herabsetzung der Gebühren für den weiteren Versand und eine Herabsetzung der Gebühren für die Fernsprechkosten. Die Gebührenentlastung soll in erster Linie die Geschäftsverträge betreffen. Sie dürfte ab 1. Januar 1929 in Kraft treten.

### Amerikanische Firmen suchen Geschäftsverbindungen in Schließ

Die nachstehend angeführten amerikanischen Firmen suchen Geschäftsverbindungen in Schließ:

- Soudette Manufacturing Co., Chicago, Illinois.
- T. A. B. Co., Chicago, Illinois.
- The Kelly Company, Inc., Woodstock, New York.
- Mr. W. S. White, 304 West Avenue, Chicago, Illinois.
- California; Konsolidiert (deutsche Koffer), Kofferfabrik, Chicago, Illinois.
- The Lorraine Corporation, Chicago, Illinois.
- De Sales Sales Company, New York, New York.
- De Sales Sales Company, New York, New York.